

München, 1969.

Die Epidemiologie und Bekämpfung
der wichtigsten anzeigepflichtigen
Tierseuchen im Regierungsbezirk Oberfranken
seit dem Jahre 1933

Hermann Beierlein

Aus dem Institut für Staatsveterinärmedizin und Geschichte der Tiermedizin
der Universität München

Vorstand: Min. Rat a. D. Prof. Dr. W. P s c h o r r (+)

DIE EPIDEMIOLOGIE UND BEKÄMPFUNG DER WICHTIGSTEN
ANZEIGEPFLICHTIGEN TIERSEUCHEN IM REGIERUNGSBEZIRK OBERFRANKEN
SEIT DEM JAHRE 1933

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der veterinärmedizinischen Doktorwürde
der Tierärztlichen Fakultät der
Ludwig-Maximilians-Universität zu München

von

Hermann Beierlein
prakt. Tierarzt
aus Kronach (Ofr.)

München 1959

Gedruckt mit Genehmigung der Tierärztlichen Fakultät
der Universität München

Dekan: Prof. Dr. K. Z i p f

Referent: Prof. Dr. A. M e y n

Tag der Promotion: 26. 2. 1960

MEINEN LIEBEN ELTERN



INHALT

	Seite
I. EINLEITUNG	
II. ALLGEMEINES ÜBER DIE WICHTIGSTEN ANZEIGE- PFLICHTIGEN TIERSEUCHEN	1
A. Milzbrand	1
B. Maul- und Klauenseuche	2
C. Schweinepest	4
D. Hühnerpest	5
III. EIGENE UNTERSUCHUNGEN	6
A. Verbreitung und Epidemiologie der anzeigepflichti- gen Tierseuchen im Regierungsbezirk Oberfranken	6
1. Milzbrand	6
2. Maul- und Klauenseuche	16
3. Schweinepest	26
4. Hühnerpest	31
B. Kritische Betrachtung der einschlägigen Be- kämpfungsmaßnahmen im Regierungsbezirk Oberfranken	38
1. Maßnahmen gegen die ständige Seuchen- gefahr	38
2. Maßnahmen gegen die besondere Seuchen- gefahr	48
IV. ZUSAMMENFASSUNG	54
V. LITERATURVERZEICHNIS	55
LEBENS LAUF	



Digitized by the Internet Archive
in 2026

DIE EPIDEMIOLOGIE UND BEKÄMPFUNG DER WICHTIGSTEN ANZEIGEPFLICHTIGEN TIERSEUCHEN IM REGIERUNGSBEZIRK OBERFRANKEN SEIT DEM JAHRE 1933

I. EINLEITUNG

Im Viehseuchengesetz vom 26. 6. 1909 sind im Abschnitt II (Bekämpfung der Viehseuchen im Inland) im § 10 18 anzeigepflichtige Seuchen aufgeführt. Nach jahresstatistischen Ermittlungen spielten von den dort angeführten Erkrankungen jedoch nur 4 Seuchen im Regierungsbezirk Oberfranken seit 1933 eine wichtige Rolle, nämlich Milzbrand, Maul- und Klauenseuche, Schweinepest und Hühnerpest. Über das gehäufte Auftreten von Tollwut in den nordostbayerischen Grenzgebieten in den Nachkriegsjahren ist bereits im Rahmen einer Dissertation von CHRISTL berichtet worden.

Auf Anregung des verstorbenen Herrn Ministerialrat a.D. Prof. Dr. W. PSCHORR habe ich mir nun zur Aufgabe gestellt, die Epidemiologie dieser genannten Seuchen im Regierungsbezirk Oberfranken zu untersuchen und die einschlägigen Bekämpfungsmaßnahmen kritisch zu betrachten.

II. ALLGEMEINES ÜBER DIE WICHTIGSTEN ANZEIGEPFLICHTIGEN TIERSEUCHEN

A. Milzbrand

Der Milzbrand ist eine Infektionskrankheit von septikämischem Charakter, die durch den *Bacillus anthracis* erzeugt und anatomisch vornehmlich durch eine akute Schwellung der Milz sowie durch serös-hämorrhagische Infiltrationen des subkutanen und subserösen Bindegewebes gekennzeichnet wird.

1876 wurde der *Bacillus anthracis* zuerst von ROBERT KOCH genau beschrieben und als Erreger des Milzbrandes allseitig erforscht. Gleichzeitig schuf PASTEUR durch eine zweimalige subkutane Impfung mit abgeschwächten Milzbrandkultu-

ren ein gutes Schutzimpfungsverfahren.

Neuerdings wird die Simultanimpfung nach SOBERNHEIM mit Immuns Serum und abgeschwächten Milzbrandkulturen als ein in der Praxis bewährtes Verfahren vielfach angewandt (HUTYRA-MAREK-MANNINGER).

Noch ROLLE ist der Milzbranderzeuger ein etwa 5-6 μ langes, unbewegliches, sporenbildendes Stäbchen, das in Körperflüssigkeiten kurze, in Kulturen längere, kettenförmige Verbände bildet. Bei Anwesenheit von genügendem Sauerstoff und bei geeigneter Temperatur (16 - 43 $^{\circ}$, Optimum etwa 30 $^{\circ}$ C) - nicht im lebenden Tierkörper und nicht im geschlossenen Kadaver - entwickeln sich in den Bazillen Sporen (WIRTH).

Der Erreger ist obligater Aerobier und kommt in fast allen Ländern der Erde vor. In der Mehrzahl der Fälle tritt der Milzbrand sporadisch auf, hin und wieder enzootisch ("sibirische Pest").

Die Tenazität des *Bacillus anthracis* (vegetative Form) ist im Gegensatz zu derjenigen der Sporen sehr gering. Jene wird schon bei warmer Witterung durch Fäulnis in 2 - 3 Tagen, in Jauche in 2 - 3 Stunden, durch normalen Magensaft in 20 Minuten, durch Eintrocknen, durch Erwärmen auf 58 $^{\circ}$ C und durch schwache Desinfektionsmittel getötet. Die Sporen dagegen verlieren weder durch Fäulnis noch durch Eintrocknen, noch durch Pökeln des Fleisches, noch durch Salzen und Gerben der Häute ihre Ansteckungsfähigkeit und bleiben außerhalb des Tierkörpers im Boden bis zu 20 und mehr Jahren entwicklungsfähig. Nur durch trockene Hitze von 120 - 140 $^{\circ}$ C, durch strömenden Wasserdampf von 100 $^{\circ}$, gespannten Wasserdampf (Autoklav) und durch sehr starke Desinfektionsmittel wie 1%ige Sublimat-, 2%ige Formaldehyd- und frische Chorkalklösung werden sie getötet.

Die Infektion geschieht bei Pflanzenfressern nicht von Tier zu Tier, sondern wird gewöhnlich durch den Erdboden vermittelt (Bodenseuche). Bei Fleischfressern und beim Menschen kommt aber eine Ansteckung auch durch das Fleisch milzbrandkranker Tiere vor (WIRTH).

B. Maul- und Klauenseuche

Große Verluste, hervorgerufen durch die zeitweilige Arbeitsunfähigkeit der erkrankten Tiere, durch die Abnahme des Körpergewichtes, durch die Verminde-

zung des Milchertrages, durch den Verlust an Kälbern und Jungvieh, zuweilen auch an erwachsenen Tieren sowie durch die angeordneten Spermaßregeln, lassen die Maul- und Klauenseuche eine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung erlangen (HUTYRA-MAREK-MANNINGER).

In unregelmäßigen Zwischenräumen überflutet diese Seuche, den Handels- und Verkehrswegen entlang, ganze Länder (Epizootie und Panzootie) und ergreift Millionen von Rindern, Schafen, Schweinen und Ziegen.

Nach WIRTH ist die Maul- und Klauenseuche ein dem Klauenvieh eigentümliches, akutes, fieberhaftes, kontagiöses, zunächst vesikulöses und dann aphthöses Exanthem der Maulschleimhaut sowie der Haut der Krone und des Klauenspaltes und auch des Euters. Der Erreger gehört zu den nicht sichtbaren und filterbaren Virusarten. Es handelt sich dabei um ein Virus, das sich in verschiedene Stämme und Typen spaltet, O, A und C, wobei derzeit von A fünf und von O zwei Varianten bekannt sind. Sie unterscheiden sich dabei nicht in ihrer krankmachenden Wirkung, sondern nur in immunisatorischer Hinsicht.

Die natürliche Ansteckung kann einmal durch unmittelbare Berührung erfolgen, indem kranke Tiere im Stall, auf der Weide, auf dem Markte oder auf Ausstellungen usw. mit dem Speichel den Ansteckungsstoff auf die Schleimhäute gesunder Tiere übertragen, zum anderen durch mittelbare Ansteckung, wobei besonders Personen, Tiere und mit dem Erreger verunreinigtes lebloses Material große Bedeutung bei der Ausbreitung der Seuche erlangen.

Die Widerstandsfähigkeit des Maul- und Klauenseuchevirus ist sehr unterschiedlich. Während es in Blasenlymphe und Milch verhältnismäßig schnell zugrunde geht (ca. 5 - 12 Tage), erweist es sich in Epithelfetzen besonders der Austrocknung gegenüber als äußerst widerstandsfähig. So war es in Aphthendecken 67 Tage, in Wasser 41 Tage, im trockenen Stallschmutz 43 Tage, an Heu und Kleie ange-trocknet 8 - 20 Wochen, an Rinderhaaren 4 Wochen, in Abwässern 103 Tage, im ungepackten Dünger 3 Wochen und in der offenen Jaucherinne 39 Tage ansteckungs-fähig. Hoher Ammoniakgehalt der Jauche sowie höhere Temperaturen sind dage-gen dem Virus sehr abträglich. Daher stirbt es bei abgedeckter Jaucherinne (0,32% Ammoniak) schon nach 1 - 2 Tagen, durch die Selbsterhitzung des gepackten Dün-gers nach 2 - 3 Tagen und durch Temperaturen von 85 - 100° C sofort ab.

Zur Desinfektion bei Maul- und Klauenseuche eignet sich am besten 1 - 2%ige Natronlauge, die bei Sach- und Stalldesinfektion am erfolgreichsten mit Kalk-

milch vermischt verwendet wird. Außerdem kann Trosilin in 2%iger und das Sulfoliquid in 5%iger Lösung mit guten Erfolgen angewandt werden.

1938 ist es WALDMANN und KÖBE auf der Insel Riems gelungen, einen aktiv wirkenden Impfstoff (Adsorbatvakzine) herzustellen, der eine ausreichende Immunität für 6 - 8 Monate hervorruft, ohne wesentliche lokale oder allgemeine Impfreaktionen bei den geimpften Tieren auszulösen. Bei Verwendung dieser Vakzine ist der Virustyp von ausschlaggebender Bedeutung. Die Behringwerke erzeugen derzeit eine diesbezügliche monovalente, bivalente und trivalente Vakzine (WIRTH).

C. Die Schweinepest

Die Schweinepest ist eine durch ein Virus hervorgerufene ansteckende Krankheit, die sich bei akutem Verlauf durch Erscheinungen einer Septikämie mit häufig hämorrhagischer Artung kennzeichnet und in deren Verlauf sich auch eine kruppöse Lungenentzündung und eine diphtheroide Darmentzündung entwickeln kann (HUTYRA-MAREK-MANNINGER).

Die Schweinepest stammt aus Nordamerika und wurde im Jahre 1893 nach Deutschland eingeschleppt. Hier wurde der Erreger in seinen biologischen Eigenschaften zuerst von UHLENHUTH (zit. nach HUTYRA-MAREK) und seinen Mitarbeitern eingehender untersucht. Dieser arbeitete auch Methoden zur Schutzimpfung aus, die dann durch das Verfahren nach DORSET, MCBRYDE und COLE (zit. nach HUTYRA-MAREK), einer Impfung mit Kristallviolettvakzine, allmählich verdrängt wurden.

Die natürliche Ansteckung erfolgt gewöhnlich vom Verdauungskanal, seltener von den Bindehäuten oder von der Nasenschleimhaut aus und wird vornehmlich durch virulenten Harn, ferner durch Augen- und Bronchialsekret sowie entleertes Blut kranker Tiere vermittelt (HUTYRA-MAREK-MANNINGER).

Unter künstlichen Bedingungen im Blut zwar monatelang haltbar, verliert das Virus unter natürlichen Bedingungen ziemlich rasch seine Wirksamkeit. Schon in 2 - 3 Tagen wird es im Blut, Harn und Kadavern durch Fäulnis abgetötet, so daß Stallboden und Dünger schon in wenigen Tagen gefahrlos werden. Im Fleisch hingegen bleibt der Erreger bei der hier üblichen Aufbewahrungsart (Kühleraum, Eisschrank, Pökeln und Räuchern) monatelang, bis zu einem halben Jahr

und länger wirksam. Durch Kochen wird er rasch und sicher abgetötet.

Von den Desinfektionsmitteln ist 2%ige Natronlauge am wirksamsten, während andere Mittel erst in hoher Konzentration (Chloramin 7 %, Liqu. Cresoli sapon. 6 %) wirksam werden.

D. Die Hühnerpest

Die Geflügelpest ist nach HUTYRA-MAREK-MANNINGER eine gewöhnlich akut verlaufende Infektionskrankheit der hühnerartigen Vögel, ausnahmsweise auch des Wassergeflügels, die durch ein Virus hervorgerufen wird.

Der filtrierbare Erreger kommt im Blut, allen Organen, im Kot, im Harn und im Nasenschleim vor. Die sehr ansteckende Seuche wird gewöhnlich durch den Kot und Nasenschleim kranker sowie durch das Blut und die Eingeweide notgeschlachteter Tiere übertragen.

Das Virus ist sehr widerstandsfähig gegen Eintrocknen (in eingetrockneter Rückenmark- oder Lebersubstanz nach MAUE (zit. nach HUTYRA-MAREK) 200 Tage, bei nichtentfederten Tierkörpern in der Haut 160 Tage lebensfähig), Fäulnis (nach OSTERTAG und BUGGE (zit. nach HUTYRA-MAREK) wird es erst in 39 Tagen zerstört) und die gewöhnlichen Desinfektionsmittel. Von diesen eignen sich besonders 2%ige Natronlauge, warme 1 - 2,5%ige Formalinlösung, 3%ige Chlorkalk- sowie 5%ige Sulfoliquidlösung. Ultraviolettstrahlen mit Wellenlänge von 1600 - 1800 Å inaktivieren das Virus fast augenblicklich (HUTYRA-MAREK-MANNINGER).

Neben der "klassischen Geflügelpest", die durch einen bestimmten Virustyp hervorgerufen wird, hat man in verschiedenen Ländern und Erdteilen eine klinisch und epidemiologisch ähnliche Krankheit beschrieben, deren Virus offenbar einen anderen Typ des klassischen Virus der Geflügelpest darstellt. Man hat die Krankheit als "Pseudogeflügelpest, Newcastlekrankheit, asiatische Geflügelpest u. a." bezeichnet (WIRTH).

Schutzimpfungen gesunder Bestände mit einer Adsorbatvakzine nach TRAUB haben in letzter Zeit Eingang in die Praxis gefunden.

III. EIGENE UNTERSUCHUNGEN

Nach § 11 des Viehseuchengesetzes erwachsen dem beamteten Tierarzt Aufgaben, zu denen unter anderen auch die Ermittlungen über Herkunft und Weiterverbreitung der Seuchen gehören, da es für deren Tilgung von besonderer Wichtigkeit ist, den Ursprungsherd ausfindig zu machen. Diese Ermittlungen der Regierungsveterinärärzte dienen als Grundlage für die nun folgenden Abschnitte über Einschleppung und Weiterverbreitung der eingangs erwähnten Seuchen.

A. Verbreitung und Epidemiologie der anzeigepflichtigen Tierseuchen im Regierungsbezirk Oberfranken

1. Milzbrand

Als Zoonose mit vielfach tödlichem Ausgang für Mensch und Tier hat der Milzbrand bei fast ständigem Vorhandensein im Regierungsbezirk große Bedeutung erhalten. Lediglich zweimal, in den Jahren 1939 und 1943, wurde bei der zuständigen Regierung Fehlanzeige erstattet.

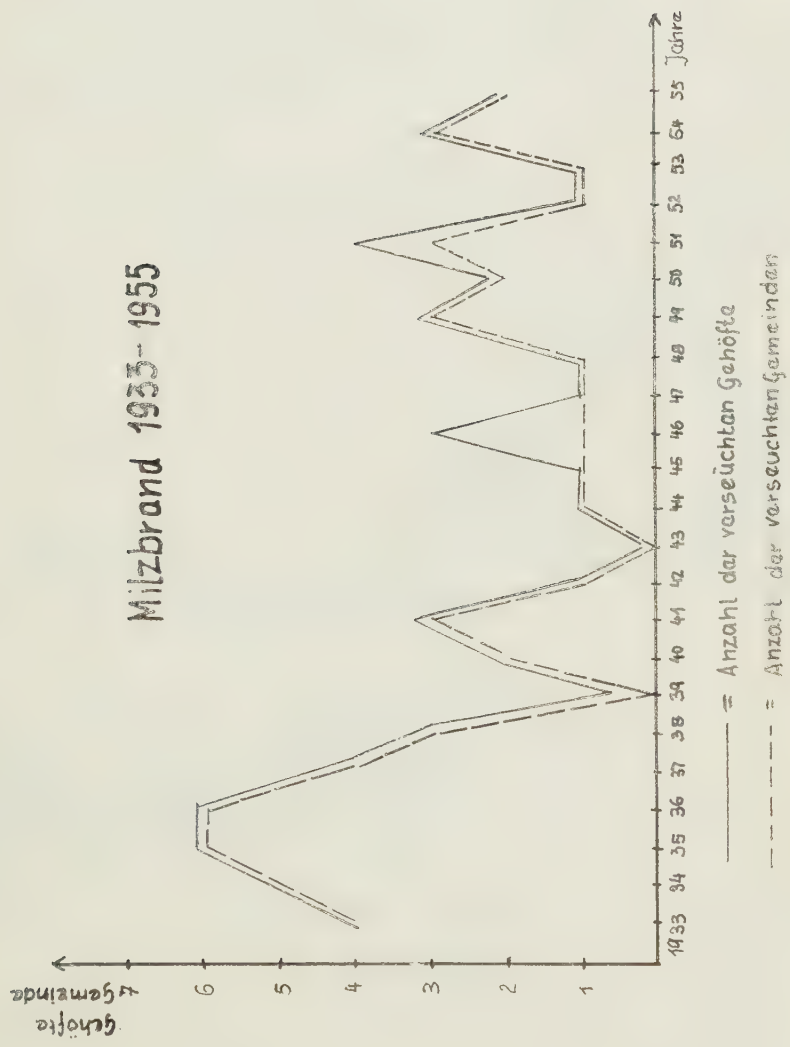
Der höchste Grad der Verseuchung wurde in den Jahren 1935 und 1936 mit je 6 verseuchten Gemeinden und 6 verseuchten Gehöften erreicht. Anhand nachfolgender graphischer Darstellung ist das Auftreten des Milzbrandes von 1933 bis 1935 leicht zu überblicken.

1927 bewies MÜSSEMEIER, daß der Stand des Milzbrandes in Deutschland durch Einfuhr ausländischer Trockenhäute entscheidend beeinflusst wurde.

Ähnliche Beobachtungen konnte man auch in der Zeit von 1933 bis 1955 in Oberfranken im Gebiete Rehau machen, wo zahlreiche Lederfabriken und Gerbereien sind, die ihre Abwässer ohne genügende Klärung oder Desinfektion in die Schwesnitz einlassen und dadurch eine Verbreitung der Milzbrandsporen begünstigen. Aus der nachfolgenden Skizze auf Seite 8 ist der Zusammenhang zwischen eingeführten Milzbrandhäuten und den durch die Abwässer der Lederfabriken Rehau (weitergeführt durch Schwesnitz und Saale) hervorgerufenen Seuchenorten zu übersehen.

Im Jahre 1933 traten im nachstehend skizzierten Gebiete 3 Seuchengehöfte in Erscheinung und zwar je eines in Rehau, Woja und Oberkotzau, bei denen die Verfütterung von milzbrandversuchtem Heu aus überschwemmten Wiesen

Milzbrand 1933-1955



KARTENSKIZZE DES SCHWESNITZ- UND SAALETALES



als Ursache des Seuchenausbruchs angegeben wird.

Während in Woja (ein 3 Monate altes weibliches Jungrind) und in Rehau (eine Kuh) nur je ein Tier pro Gehöft erkrankte, wurde im Seuchengehöft Oberkotzau innerhalb von 24 Tagen der Verlust von 2 Kühen gemeldet, so daß eine Schutzimpfung des Restbestandes angezeigt war und vorgenommen wurde. Die Ermittlungen über das Milzbrandvorkommen im Landkreis Wunsiedel im Jahre 1933 führten zu keinem positiven Ergebnis, so daß über die Art der Einschleppung keine Angaben gemacht werden können.

Auch 1934 ist die Hauptursache des Auftretens von Milzbrand die Verfütterung von Heu überschwemmter Saale- und Schwesnitzwiesen. Von den in diesem Jahr gemeldeten 5 Milzbrandfällen konnten 3 Ausbrüche auf diese Art der Ansteckung zurückgeführt werden. Es handelte sich hier um je einen Fall in der Gemeinde Wurlitz, in Oberkotzau und in Rehau. Ein weiterer Fall ereignete sich bei einem Gerbereibesitzer in Rehau, bei dem am 20.7.1934 eine Kuh notgeschlachtet werden mußte und am 26.7.1934 eine weitere Kuh an Milzbrand verendete. Die Infektionsquelle dürfte im Betrieb der eigenen Gerberei zu suchen sein, in der vor allem eingeführte Trockenhäute verarbeitet wurden. Ein Fall in der Gemeinde Isaar konnte nicht eindeutig geklärt werden. Da die Gemeinde Isaar ebenfalls an der Saale gelegen ist, dürfte die Seuchenübertragung gleichfalls durch die Verfütterung von Heu überschwemmter Wiesen erfolgt sein. Diese Annahme wird bestätigt durch die eindeutige Feststellung der Art der Seucheneinschleppung in die Gemeinde Isaar im Jahre 1935.

Das Ansteigen der Milzbrandverseuchung im Jahre 1935 hatte seine Ursache in der Einschleppung von Milzbrandsporen durch Baumwollabfälle, die von den Bauern der Umgebung der baumwollverarbeitenden Betriebe häufig eingestreut werden.

Dies wurde durch eine Untersuchung einer Baumwollprobe von der veterinärpolizeilichen Anstalt in Schleißheim bestätigt. Es erkrankten auf diese Weise in der Gemeinde Haidt bei Hof ein Ochse und in der Gemeinde Köditz ein Bulle an Milzbrand. Obwohl beide Bestände nach SOBERNHEIM schutzgeimpft worden waren, in letzterem 38 Rinder und 4 Pferde, verendete am 14.12.1935 - ungefähr 3/4 Jahr nach Erstausbruch - wiederum eine Kuh an der Seuche. Vom zuständigen Amtstierarzt wurde daraufhin erneut der gesamte Tierbestand zuerst mit Serum allein und 14 Tage später mit Serum und Kultur geimpft. Schon am folgenden Tag griff die Seuche auf eine weitere Kuh über, die dann am 16.12.1935 verendete. Als viertes Tier erkrankte schließlich

ein Bulle, der nicht im Rinder-, sondern im Pferdestall untergebracht war und am 1.1.1936 verendete. Auch im Pferdestall wurden infolge Stroh Mangels Baumwollabfälle als Einstreu verwendet. Als letztes Rind erkrankte Ende des Jahres 1935 eine weitere Kuh, so daß sich insgesamt 6 Rinder an eingestreuten ver-seuchten Baumwollabfällen infizierten. Der Ausbruch von Milzbrand konnte auch in diesem Jahr wieder eindeutig in 2 Fällen, je einer in der Gemeinde Isaar und in Rehau, auf Verfüttern von Heu überschwemmt gewesener Schwesnitzwiesen zurückgeführt werden. Dagegen konnten die Ursachen des Seuchenausbruchs in Oberkotz-au nicht sicher festgestellt werden. Man kann jedoch vermuten, daß auch hier der Infektionsweg von den Gerbereien Rehau über infizierte Wiesen im Schwesnitz- und Saaletal zum erkrankten Tier führt. In diesem Bestand verletzte sich der Obermelker beim Töten des Tieres und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Obwohl im folgenden Jahr keine Einschleppung durch Baumwollabfälle gemeldet wurde, blieb der Seuchenstand 1936 mit 6 Milzbrandgehöften auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Bei einer Kuh in Adlitz (Landkreis Pegnitz) und bei 2 Rindern eines Gehöftes in Blumenrod (Landkreis Coburg) konnte die Art der Einschleppung nicht geklärt werden. Erstmals seit 1933 wurde Milzbrand auch bei einer Ziege des Z. in Rehau festgestellt. Da der Besitzer als Gerber in einer Lederfabrik in Rehau arbeitete und sein Bruder in unmittelbarer Nähe seines Grundstücks Häute aus dessen eigener kleinen Gerberei in der am Grundstück vorbeifließenden Schwesnitz wässerte, ist der Ausbruch der Seuche wohl auf Einschleppung von Milzbrandkeimen aus einem dieser Betriebe zurückzuführen. Die Verfütterung von Heu aus Überschwemmungswiesen konnte auch in diesem Jahr als Ursache von je einem Milzbrandausbruch in der Gemeinde Wurlitz und in Rehau festgestellt werden. In der Gemeinde Wölbattendorf (Landkreis Naila) war das Vorkommen von Milzbrand bei einer Kuh darauf zurückzuführen, daß auf einer Wiese des Besitzers vor ca. 20 Jahren ein Rind, das an dieser Seuche gefallen war, vergraben wurde und nun das Futter als Seuchenträger in Frage zu ziehen ist.

Im Berichtsjahr 1937 wurden bei der Regierung 4 Milzbrandgehöfte gemeldet. Der erste Fall ereignete sich bereits Anfang Januar bei einer Kuh eines Gerbereiarbeiters aus Rehau. Da angeblich kein Futter aus dem Überschwemmungsbereich der Schwesnitz verfüttert wurde, erfolgte die Infektion mit großer Wahrscheinlichkeit durch den Besitzer selbst, der in der Lederfabrik arbeitete. Die Art der Ansteckung der restlichen drei Seuchengehöfte konnte nicht ermittelt werden. Es handelt sich dabei um ein Gehöft in Willmersreuth (Landkreis Kulmbach), wo ein Jungrind am 8.2.1937 notgeschlachtet werden mußte. In dieser Gemeinde ist,

wie der zuständige Amtstierarzt besonders bemerkt hat, seit Jahrzehnten kein Milzbrand aufgetreten, und der Bezirk war nach den Akten schon immer milzbrandfrei. Das zweite Gehöft wurde aus dem Landkreis Bayreuth gemeldet, wo eine Kalbin am 24.3. in Laineck verendete. Im 3. Fall in der Gemeinde Frohnlach (Landkreis Coburg) erkrankten in einem Gehöft 3 Rinder an Milzbrand. Hierzu ist zu bemerken, daß eine Entschädigung der verlustig gegangenen Tiere nach § 73 Abs. 3 abgelehnt wurde, da der Besitzer die erst-erkrankte Kuh vergraben hatte und so vielleicht Anlaß zur Weiterverbreitung von Milzbrand gegeben hat.

Ein weiterer Rückgang an Milzbranderkrankungen konnte im Jahre 1938 verzeichnet werden. Die 3 gemeldeten Seuchengehöfte lagen alle in der Gemeinde Oberkotzau, wo am 14.3. ein Jungrind, am 1.10. eine Kuh und am 2.12. ein Bulle verendeten. Zweimal war die Verfütterung von Heu, einmal die von Hafer überschwemmt gewesener Gebiete im Schwesnitzgrund Ursache der Verseuchung.

Im Jahre 1939 kam kein Neuausbruch von Milzbrand vor.

Die Einschleppungsarten der 1940 gemeldeten Milzbrandvorkommen im Landkreis Rehau bei einem Rind und in einem Gehöft in Poppenreuth (Landkreis Münchberg) und bei 2 Rindern konnten in keinem der Fälle eindeutig ermittelt werden. Weil jedoch im Poppenreuther Bestand ein vor einigen Wochen unter ähnlichen Erscheinungen erkrankt gewesenes Jungrind verendet war und ohne Feststellung der Todesursache eingegraben wurde, wurde die Schutzimpfung des Restbestandes vorgenommen.

Die Landkreise Coburg, Hof und Lichtenfels meldeten 1941 den Ausbruch von Milzbrand in je einer Gemeinde und je einem Gehöft. Dabei erlitten in Seubelsdorf (Landkreis Lichtenfels) 2 Kühe den Tod, während 3 weitere erkrankte Tiere durch eine Serumgabe gerettet werden konnten. Nach Mitteilung des Bezirkstierarztes Dr. L. lag hier die akute Milzbrandform mit seuchenhaftem Auftreten vor. Die Einschleppungsursache war jedoch unbekannt. Die zur Untersuchung eingeschickten Proben von in letzter Zeit verfüttertem Heu einer Überschwemmungswiese brachten keinen Nachweis von Milzbrandbazillen. Erwähnenswert ist vielleicht noch, daß in diesem Gehöft ein Hund und eine Katze, die etwas vom Schlachtblut und den Innereiabfällen des zuerst erkrankten Tieres erwischt hatten, fast gleichzeitig, nachdem sie 1 bis 2 Tage keine Nahrung mehr aufgenommen hatten, plötzlich verendeten. Bei dem engen Zusammenhang zwischen dem plötzlichen Tod dieser Tiere und dem Genuß von Milzbrand-

material kann als Todesursache wohl Milzbrand angenommen werden. Während der Einschleppungsweg auch im Falle Dörfles (Landkreis Coburg) nicht nachzuweisen war, wurde die Ansteckung im dritten Fall in Unterkotzau wieder durch Verfütterung von Heu aus Überschwemmungsgebieten des Schwesnitzgrundes hervorgerufen. Wie gemeldet wurde, kam im Jahre 1941 in Rehau auch eine Milzbranderkrankung an einem Menschen vor. Die Übertragung erfolgte durch direkte Berührung mit Milzbrandmaterial, nämlich eingeweichten Häuten in einer Lederfabrik in Rehau. Nach Überweisung ins Krankenhaus Hof wurde der Patient von dort nach einiger Zeit als geheilt entlassen.

Der einzige Milzbrandfall 1942 wurde aus Lankendorf (Landkreis Bayreuth) gemeldet. Über die Ursache der Einschleppung konnten jedoch keine Angaben gemacht werden.

Nachdem 1943 wiederum kein Neuausbruch von Milzbrand zu verzeichnen war, brachten auch die beiden nächstfolgenden Jahre 1944 und 1945 keine wesentliche Verschlechterung der Seuchelage. Es verendeten 1944 in einem Gehöft im Landkreis Rehau und 1945 in einem Gehöft im Landkreis Wunsiedel nur je 1 Rind. Die Ursachen der Ansteckung konnten nicht ermittelt werden.

In der Zeit vom 25.7.1946 bis 15.10.1946 traten in Bammersdorf (Landkreis Forchheim) mehrere Milzbrandfälle auf, wobei in insgesamt 3 Gehöften 4 Rinder und 2 Schweine verendeten oder notgeschlachtet wurden. Es wird vermutet, daß die Seucheneinschleppung durch Sonnenblumenkuchen oder Leinkuchenmehl erfolgte, wobei es sich um ein aus Rußland eingeführtes Futtermittel gehandelt haben soll. Da das Blut eines notgeschlachteten Rindes aus dem erstverseuchten Bestande durch einen Regenguß den Berg hinuntergespült worden war, bestand Gefahr einer weiteren Ausbreitung. So wurden die Viehbestände der Nachbargehöfte auf freiwilliger Grundlage mit Milzbrandserum schutzgeimpft. Dennoch breitete sich die Seuche auf 2 weitere Gehöfte aus, in denen allerdings nur je 1 Schwein erkrankte und verendete. Der letzte Milzbrandfall dieser Gemeinde im Jahre 1946 ereignete sich dann wieder im erstverseuchten Gehöft, wo ein ~~Kalb~~ Kalb, das anfangs August mit Milzbrand-Adsorbat der Behringwerke schutzgeimpft worden war, verendete. Zur Zeit der Impfung litt dieses Tier wegen Futterumstellung an Verdauungsstörungen, und vermutlich ist infolge der geschwächten Körperkonstitution ein aktiver Impfschutz nicht zustande gekommen.

1947 meldete der Landkreis Forchheim in der Gemeinde Bammersdorf bei einem geschlachteten Rind erneut den Ausbruch von Milzbrand, Einschleppung und Ur-

sache konnten allerdings nicht festgestellt werden, jedoch bestand die Vermutung, daß ein Zusammenhang mit den im vergangenen Jahr aufgetretenen Milzbrandfällen vorlag. Bei der Schlachtung verletzte sich die Tochter des Tierbesitzers an der Hand und erkrankte infolge sofortiger Schutzimpfung nur leicht durch eine Geschwürsbildung am Unterarm, die in etwa 14 Tagen wieder abgeklungen war.

Auch 1948 trat der einzige Seuchenfall in Oberfranken in der Gemeinde Bambersdorf auf und verursachte den Verlust von 2 erkrankten Rindern. Da 1949 wiederum die Gemeinde Bambersdorf mit 3 erkrankten Rindern und 2 Schweinen, von denen allerdings nur 1 Rind verendete, Milzbrand meldete, mußte angenommen werden, daß das gehäufte Auftreten in der sonst seuchenfreien Gegend doch mit den oben beschriebenen Vorfällen bei der Erstverseuchung der Gemeinde im Zusammenhang stand. Milzbrand war also in dieser Gegend stationär geworden. Die restlichen 2 Seuchenmeldungen dieses Jahres kamen aus der Ortschaft Pölz (Gemeinde Mainleus, Landkreis Kulmbach) und aus der Ortschaft Oschwitz (Gemeinde Fischern, Landkreis Wunsiedel). In beiden Fällen wurde die Erkrankung auf Heu überschwemmter Wiesen zurückgeführt, im letzteren Fall auf eine Überschwemmungswiese der Röslau. Alle 3 Bestände wurden mit Serum der Behringwerke notgeimpft, worauf sämtliche Tiere gesund blieben.

1950 erfolgte die Meldung von 2 Milzbrandfällen. Die eine kam wieder aus dem Landkreis Rehau, wo eine Kuh in Heinersberg (Gemeinde Rehau) am 7.2. verendete. Es ist hier zu vermuten, daß die Kuh die Milzbrandsporen, mit denen im Flurbereich Rehau immer zu rechnen ist (Lederfabriken, Gerbereien), mit Hackfrüchten aufgenommen hat. Vor einigen Jahren waren nämlich die Ackergrundstücke des Besitzers mit Abraum aus der Kläranlage einer Lederfabrik gedüngt und später mit Getreide und Hackfrüchten bestellt worden. Die andere Meldung kam aus der Gemeinde Mainleus - Ortschaft Pölz - wo in dem schon im vergangenen Jahr verseucht gewesenen Gehöft ein Jungrind an Milzbrand verendete und eine Kuh schwer erkrankte. Vom zuständigen Regierungsveterinärrat wurden folgende Erhebungen gemacht: "Der Schadensleider Reuß besitzt eine noch im Ortsbereich liegende Wiese, in die die Abwässer eines zum Fabrikkomplex Hornschuh gehörenden Wohnhauses einmünden. Das Schmutzwasser steht auf einem Teil dieser Wiese als eine eklig stinkende Brühe in einem reichlich breiten Graben, der im weiteren Verlauf sehr stark bewachsen ist, so daß die Abwässer zeitweise auch über die Grabenränder treten. Nach Aussage des Reuß ist das Arbeiten in den heißen Sommermonaten auf dieser Wiese wegen starker Geruchs- und Fliegenbelästigung fast unmöglich. Es ist nicht ausge-

schlossen, daß dieser Stinkgraben von früheren Verscharrungen her noch Milzbrandsporen beherbergt und ständig die Umgebung verseucht. Diese Annahme ist umso mehr berechtigt, als in den Tagen vor dem diesmaligen Seuchenausbruch diese Wiese von Tieren des Reuß beweidet worden war. Antrag auf Abstellung beim Wasserwirtschaftsamt wurde gestellt."

Die größte Nachkriegsverseuchung brachte das Jahr 1951, wo aus 3 Landkreisen, nämlich Hof, Kulmbach und Rehau, in 3 Gemeinden mit insgesamt 4 Gehöften Milzbrand gemeldet wurde. Die beiden Erkrankungen in Rehau selbst wurden zweifellos durch Aufnahme der Erreger, die durch die Lederfabriken eingeschleppt und durch Verwendung sporenhaltigen Klärschlammes zur Wiesen- und Felderdüngung ausgestreut wurden, verursacht. Im Landkreis Kulmbach wurde Milzbrand bei einer notgeschlachteten Kuh in Burghaig festgestellt und der Ausbruch auf Verfütterung von Gras und Grummet von überschwemmten Mainwiesen zurückgeführt. Der 4. Milzbrandfall in Oberkotzau (Landkreis Hof) bei einem verendeten Rind wurde ebenfalls durch Verfüttern von Heu überschwemmter Saalewiesen verursacht.

Im Jahre 1952 ereignete sich nur ein Ausbruch von Milzbrand bei einer am 31.8. verendeten Kuh in Hausen. Die einzige Möglichkeit der Infektionsquelle ist Gras von mit Regnitzwasser gewässerten Wiesen. Auch in Erlangen und Fürth waren damals Milzbrandfälle aufgetreten, und es ist möglich, daß sie vielleicht mit den hiesigen in ursächlichem Zusammenhang standen. Ein einige Tage später erkranktes Rind konnte durch rechtzeitige Behandlung mit Milzbrandserum gerettet werden.

Durch die mangelhafte Beseitigung eines an Milzbrand in der Gemeinde Buch (Landkreis Höchstadt a.d. Aisch) vor mehr als 20 Jahren gefallenen Rindes dürfte es am 8.2.1953 in derselben Gemeinde zu einem erneuten Ausbruch dieser Seuche bei einer Kuh gekommen sein. Der Kadaver des damals gefallenen Rindes wurde in einem aufgelassenen Steinbruch, der in der Nähe der Wiesen des jetzigen Schadenleiders liegt, oberflächlich verscharrt.

Hof Stadt und Land meldeten 1954 insgesamt 3 Milzbrandgehöfte, von denen 2, nämlich das in Oberkotzau und das in Moschendorf, wiederum auf Verfüttern von Heu überschwemmter Saalewiesen zurückzuführen waren. Über die Einschleppung in die Gemeinde Gattendorf am 15.1.1954, dem 3. Fall, wurde folgendes ermittelt: "Infolge Strohknappheit bezog der Besitzer des getöteten Rindes auf verschiedenen Hofer Spinnereien Wollabfälle, die er zu Einstreuzwecken

verwandt hatte. Dem Besitzer fiel auf, daß die Jungtiere gern solche Wollabfälle, besonders die mehr flaumigen aufnahmen. Die Rohbaumwolle, von der die Abfälle stammten, wurde aus Übersee (Indien) eingeführt. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß sich das besagte Jungrind durch Aufnahme von milzbrandverseuchtem Material aus dieser Einstreu infizierte."

Auch 1955 kam Milzbrand nur im Landkreis Hof vor. Dabei verendete in Unterkotzau eine Kuh, und in Oberkotzau wurde ein Jungrind notgeschlachtet. In beiden Fällen ist die Herkunft auf Verfütterung von Heu zurückzuführen, das von den Wiesen des Schwesnitzgrundes stammte. Schon 25 Jahre vorher wurde im letztgenannten Seuchengehöft nach Angabe der Besitzerin Milzbrand beobachtet

Zusammenfassend sei nochmals kurz festgestellt:

In der angegebenen Berichtszeit von 1933 bis 1955 wurden 77 Milzbranderkrankungen gemeldet, von denen nur sehr wenige durch rechtzeitige Serumgaben geheilt werden konnten.

Die Haupteinschleppungsart war - wie zu Beginn dieses Kapitels bereits erwähnt wurde - die Einfuhr von Trockenhäuten aus Übersee in die Gerberei- und Lederbetriebe, von wo eine Weiterverbreitung der Sporen durch Abwässer erfolgte. So ist das gehäufte Auftreten des Milzbrandes im Gebiete um Rehau und entlang der Abwässer führenden Schwesnitz und Saale zu verstehen. Eine direkte Übertragung aus den lederverarbeitenden Betrieben erfolgte in 4 Fällen, das sind in 5,2 % der Fälle. 22 mal, das sind in 28,5 % der Fälle, wurde das Futter über schwemmter Schwesnitz- und Saalewiesen als Seuchenträger bezeichnet. Die gleiche Infektionsursache wurde auch vom Main-, Regnitz- und Rösental gemeldet, wo 6 Tiere, das sind 7,8 % der Fälle, durch infiziertes Futter erkrankten. Weiterhin erfolgte die Ansteckung mit Milzbranderregern durch eingeführte ausländische Rohbaumwolle bei 7 Rindern, das sind 9,1 % der Fälle, und durch Sonnenblumenkuchen oder Leinkuchenmehl angeblich russischer Herkunft bei 6 Rindern, das sind 7,8 % der Fälle. Von der letztgenannten Einschleppungsquelle aus wurden durch Unvorsichtigkeit bei der Tötung des ersterkrankten Rindes Milzbranderreger in der Gegend verbreitet, so daß in dieser Gemeinde in den folgenden Jahren Milzbrand stationär geworden ist und weitere 8 Rinder, das sind 10,4 % der Fälle, erkrankten.

Eine unzweckmäßige und unstatthafte Kadaverbeseitigung gab in 4 Fällen (5,2 %) Anlaß dazu, daß teilweise sogar nach vielen Jahren Milzbrand in der betroffenen Gemeinde wieder aufflackerte. Endlich sind noch die 17 (22,1 %) ungeklärten

Fälle zu erwähnen, bei denen trotz aller Bemühungen die Art und Weise der Seucheneinschleppung nicht ermittelt werden konnte.

2. Maul- und Klauenseuche

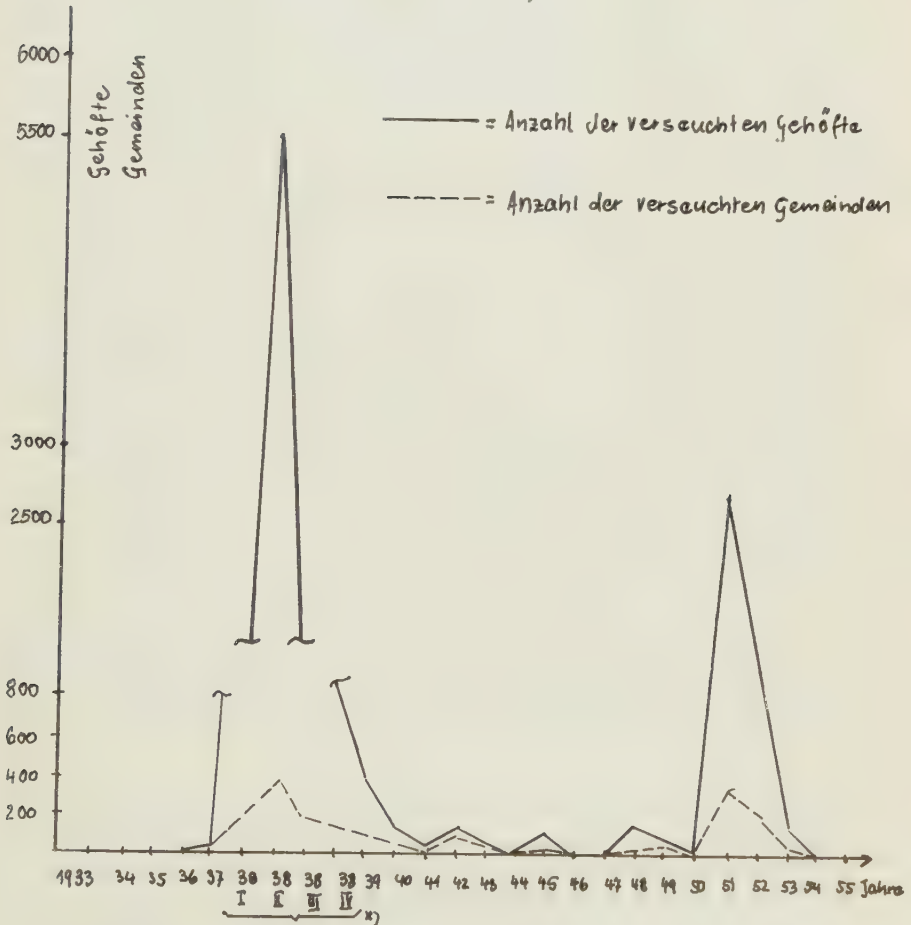
Wie aus der graphischen Darstellung ersichtlich ist, war der Regierungsbezirk Oberfranken von 1933 bis 1937 und in den Jahren 1944, 1946, 1947, 1950, 1954 und 1955 frei von Maul- und Klauenseuche. Durch zwei große Seuchenzüge, die vor allem 1938 und 1951 in Oberfranken wüteten, wurde ein großer Teil des Gesamtviehbestandes ergriffen.

- a) Der Erreger der im Jahre 1936 in Frankreich und im Jahre 1937 in Deutschland beginnenden MKS-Panootie stammte aus Nordafrika, von wo er mit Schafrtransporten nach Frankreich eingeschleppt wurde und schon im Dezember 1937 den Regierungsbezirk Oberfranken erreichte. Die Typendifferenzierung ergab damals den Typ O. Erst im September 1938 konnte als Ursache einer zweiten Seuchenwelle in Norddeutschland der Typ A ermittelt werden, der sich ungeheuer schnell nach Osten ausbreitete und vor allem im Osten Deutschlands dann gleichzeitig die Verseuchung mit Typ A und O hervorrief. Nachdem in der ersten Hälfte des Jahres 1939 die Seuche mehr und mehr zurückgegangen war, begann etwa zur Zeit des Kriegsausbruchs von der holländischen Grenze aus erneut ein Seuchenanstieg. In dieser 3. West-Ost-Welle herrschte nach den vorliegenden Berichten der Typ A_{vor}. In den Jahren 1940/41 trat dann schließlich in Form mehrerer kleiner Endemien zu den noch bestehenden endemischen Herden hin und wieder der Typ C (Waldmann) hinzu. Durch die fortschreitende Verkehrsbeschränkung während der Kriegsjahre 1943 und 1944 blieben die Seuchenzahlen gering. Erst ab Mitte 1944 nahmen die Erkrankungen an MKS wieder leicht zu, was nicht zuletzt auf die aus dem Osten hereingeführten Viehtransporte zurückzuführen sein wird. Hier wurden neben dem Typ O erstmals auch die Varianten A₁ und A₃ des Typs A in Deutschland diagnostiziert.

Während in den Jahren 1946 und 1947 in Deutschland nur vereinzelt, in Oberfranken überhaupt keine Maul- und Klauenseuche auftrat, begann im Juni 1948 vom Saargebiet ausgehend eine neue Epizootie, die sich schnell über die südwestlichen Gebiete der Bundesrepublik und Bayern verbreitete. Als Erreger wurde serologisch die O₁-Variante diagnostiziert.

MAUL- und KLAUSENSEUCHE

(1933 - 1955)



x) Das Jahr 1938 wurde infolge der starken Versauhung in vier Teile zergliedert, wobei
I. für die Zeit vom 1.1. 38 bis 31.3. 1938

II. " " " " 1.4. 38 " 30.6. 1938

III. " " " " 1.7. 38 " 30.9. 1938

IV. " " " " 1.10. 38 " 31.12. 1938 Qult.

Im Dezember desselben Jahres trat in Nordhessen plötzlich die A₄-Variante hinzu, die nach Norden und Süden Verbreitung fand. Zum letzten Male ist diese Variante im Juni 1949 im Landkreis Lichtenfels aufgetreten. Ab September 1949 war Deutschland praktisch seuchenfrei. Erst im Dezember 1950 nahm ein neuer Seuchenzug von Württemberg-Baden seinen Ausgang, der zunächst ausschließlich von einer O₁-Variante getragen wurde. Nachdem dieser Typ mit Beginn des Jahres 1951 über große Teile Bayerns verbreitet war, wurden im Februar und März dieses Jahres weite Gebiete des Rheinlandes sowie Niedersachsens und Holsteins von der MKS erfaßt, von wo aus dauernd Einschleppungen des Virus nach Oberfranken durch Ferkel- und Viehtransporte erfolgten. Erstmals wurden die Typen A und C im Mai 1951 in 2 Kreisen um Hannover diagnostiziert. Das Auftreten dieser beiden Typen fällt zeitlich mit dem starken Anstieg der Seuchenkurve zusammen. Beide Typen haben sich inzwischen über das ganze Bundesgebiet verbreitet. Insbesondere der Typ A, der in Form einer A₅-Variante auftritt, zeichnet sich durch besonders hohe Kontagiosität und Pathogenität aus. Der Typ O, der die Epizootie eingeleitet hat, spielt dagegen im Seuchengeschehen im Oktober 1951 nur noch eine völlig untergeordnete Rolle. Der 1952 anhaltende Verseuchungsgrad in Oberfranken wurde hauptsächlich dadurch verursacht, daß ständig von mehreren Ferkelhändlern aus Oldenburg, Westfalen und Nordrhein-Westfalen Ferkel ohne Untersuchung eingeführt wurden, von denen mehrere Tiere an der Maul- und Klauenseuche erkrankt waren. Erst im Jahre 1953 wurden die letzten Seuchenherde des Regierungsbezirkes endgültig beseitigt.

- b) Nach dieser allgemeinen Übersicht über die Ausbreitung der MKS durch mehrere West-Ostwellen werden nun die einzelnen Einschleppungsarten in den Regierungsbezirk Oberfranken und die dortige Verbreitung der Seuche besprochen.

Erstmals im Regierungsbezirk trat die MKS am 16.12.1937 in der Gemeinde Oberlindach (Landkreis Höchstadt) und am 20.12.1937 bei einer Schafherde, die auf einer entlegenen Winterweide im Pferch untergebracht worden war, in der Gemeinde Stappenbach bei Burgebrach auf. Während die Einschleppungsursache in den Landkreis Höchstadt nicht ermittelt werden konnte, gelangte die MKS in Bamberg mit der Schafherde aus Sonderhofen (Landkreis Ochsenfurt) in den Regierungsbezirk. Durch den großen Personenverkehr während der Weihnachtsfeiertage wurde

die Ausbreitung der MKS zu Beginn des Jahres 1938 im Landkreis Höchststadt wesentlich gefördert, so daß 4 Neuausbrüche in der bis dahin seuchenfreien Gemeinde Wachenroth gemeldet wurden. Von hier aus gelangte die Seuche wiederum durch Personenverkehr in eine unverseucht gewesene Gemeinde (Oberkost) des Landkreises Bamberg. Am 19. Januar meldete die Gemeinde Wachenroth weitere 5 Seuchenausbrüche, von denen dann die MKS durch Personenverkehr in die Gemeinde Mühlhausen im Landkreis Höchststadt verschleppt wurde. Auch der Ausbruch der Seuche in der Gemeinde Reichmannsdorf im Landkreis Bamberg geht auf die stark verseuchte Gemeinde Wachenroth zurück, in die durch Verwandtschaftspersonenverkehr das Virus eingeschleppt wurde. Am 22.1. meldete der Landkreis Staffelstein als 3. Landkreis des Regierungsbezirkes den Ausbruch von Maul- und Klauenseuche in den Gemeinden Traisdorf und Horsdorf, wohin die Seuche wahrscheinlich durch einen stallbesuchenden Viehkäufer geschleppt wurde. Ein weiterer Landkreis, nämlich Coburg, kam am 25.1. durch die Verseuchung der Gemeinde Neuses a.d. Eichen zu den bereits verseuchten dazu. Die Einschleppung erfolgte durch Personenverkehr. Durch einen Viehhändler wurde am 27.1. die Maul- und Klauenseuche nach Nedensdorf (Landkreis Staffelstein) eingeschleppt, und am 31.1. kam schließlich Münchberg als 5. Landkreis mit einem Neuausbruch der MKS dazu. Somit waren im Januar 5 Landkreise mit insgesamt 20 Gemeinden von der Maul- und Klauenseuche heimgesucht. Schnell breitete sich diese Krankheit auf weitere Landkreise Oberfrankens aus, so daß schon im Februar Bayreuth, Ebermannstadt, Forchheim, Kronach, Kulmbach, Stadtsteinach, Wunsiedel und die Stadtkreise Coburg und Forchheim von der Seuche erfaßt wurden. Somit bestanden im ganzen Regierungsbezirk, mit Ausnahme der Landkreise Rehau, Hof, Naila und Pegnitz, Seuchenherde, die ein schnelles und unaufhaltbares Umsichgreifen der MKS befürchten ließen. Im Monat März meldete auch der Landkreis Pegnitz den Ausbruch der MKS. Nach einem Vierteljahr seit Seuchenbeginn waren im Regierungsbezirk Oberfranken bereits insgesamt 221 Seuchengemeinden mit insgesamt 2249 verseuchten Gehöften vorhanden.

Eine gewaltige Ausdehnung erlangte die MKS in den nächstfolgenden 3 Monaten, in denen bei der Regierung von Oberfranken aus allen Land- und Stadtkreisen, außer dem Landkreis Rehau, verheerende Seuchenmeldungen eintrafen. Vom 1.4.1938 bis 30.6.1938 wurden insgesamt 5519 neuverseuchte Gehöfte in 366 Gemeinden gemeldet.

Nach diesem Höhepunkt sanken nun die Neuverseuchungen in den Monaten Juli, August und September langsam ab. In der angegebenen Zeit erfaßte die Seuche

che 3064 Gehöfte in 210 Gemeinden. Erstmals wurden auch aus dem so lange seuchenfrei gebliebenen Landkreis Rehau Maul- und Klauenseuchenausbrüche gemeldet.

Ein plötzlicher starker Seuchenrückgang konnte in den letzten 3 Monaten des Jahres 1938 beobachtet werden. Nurmehr 160 Gemeinden und 911 Gehöfte wurden von der Maul- und Klauenseuche neu ergriffen.

Im Berichtsjahr 1938 wurden demnach im Regierungsbezirk Oberfranken insgesamt 957 Gemeinden und 11 743 Gehöfte von der Maul- und Klauenseuche betroffen. Es verendeten 808 Rinder, deren Besitzer eine Entschädigung von insgesamt 217 706.-- Mark ausbezahlt bekamen.

Nach den Ermittlungen der Regierungsveterinärärzte wurde die Maul- und Klauenseuche 1938 in den Regierungsbezirk auf folgende Arten eingeschleppt:

- | | | |
|----|--|---------|
| 1. | durch Ferkeltransporte | 128 mal |
| 2. | durch Viehhandel | |
| | a) durch Schlachtvieh | 13 mal |
| | b) durch Nutzvieh | 17 mal |
| 3. | durch Zukauf bereits abgeseuchter ungenügend
desinfizierter Tiere | 5 mal |
| 4. | durch Personenverkehr aus Thüringen, Haßfurt und Sudeten-
land in insgesamt 5 Fällen. | |

Von den genannten Ursprungsherden erfolgte eine rasche Verbreitung des Seuchenerregers über den ganzen Regierungsbezirk. Dazu trugen besonders bei:

1. Personenverkehr in 1224 Fällen
2. Hausierhandel (Meerrettichhändler, Korb- und Tappenmacher u.a.)
192 mal
3. Abwässer, Jauche und mangelhafte Desinfektion 109 mal
4. Viehhändler 94 mal
5. frei umherlaufendes Geflügel 32 mal, und 1 mal ein Rüde eines Seuchengehöftes, der eine läufige Hündin deckte,
6. Viehverkehr, Deckakt und Einspanntiere 23 mal
7. eine Primizfeier 6 mal, Beileidsbesuche 3 mal
8. ungenügende Desinfektion von Milchkannen und Geräten aus Sammel-
molkereien 2 mal
9. Milchprobennehmer 2 mal.

Am Ende des Jahres 1938 herrschte die Maul- und Klauenseuche nur noch in 55 Gemeinden und 111 Gehöften.

Im Jahre 1939 brach die Maul- und Klauenseuche in 116 Gemeinden und 389 Gehöften aus. Auch diesmal konnte von den Amtstierärzten als Haupteinschleppungsart der Ferkelhandel und die Ferkelimporte (51 Fälle) ermittelt werden. Durch den Viehhandel gelangte die Seuche 14 mal in den Regierungsbezirk. Für eine rasche Weiterverbreitung sorgten wiederum Personenverkehr und Hausierhandel in 109 Fällen. Durch direkte Übertragung vom gemeinsamen Hofraum aus und durch ungenügende Desinfektion sowie durch Jauche wurde in 96 Fällen eine Seuchenverschleppung festgestellt. Eine Verschleppung in 18 Gehöfte durch Verheimlichung oder Spätmeldung konnte nachgewiesen werden.

Ende 1939 waren dann noch 3 verseuchte Gemeinden mit 4 Gehöften im ganzen Regierungsbezirk vorhanden. Die Verluste durch die MKS betrugen in diesem Jahr noch 49 Rinder und 60 Ferkel.

1940 gingen bei der Regierung aus 11 Landkreisen von 50 Gemeinden mit insgesamt 158 Gehöften Meldungen von Neuausbrüchen der Maul- und Klauenseuche ein. Dabei wurde der Landkreis Bamberg mit 23 verseuchten Gemeinden und 96 Seuchengehöften am stärksten betroffen. 14 Rinder verendeten an der Seuche und 2 wurden auf polizeiliche Anordnung getötet. Bis Jahresende erlosch dann die Maul- und Klauenseuche bis auf 1 Gehöft und 1 Gemeinde. Die Hauptgefahr der Seucheneinschleppung ging wiederum vom Schweinehandel aus, der in 16 Fällen durch Ferkelimporte, in 9 Fällen durch Einfuhr von Mastschweinen die Maul- und Klauenseuche in den Regierungsbezirk Oberfranken brachte. Durch den Viehhandel und durch Schlachtvieh wurde je zweimal Maul- und Klauenseuche eingeschleppt. Trotz strengster Sperremaßnahmen war auch in diesem Jahr der Personenverkehr in 68 Fällen schuld an der Weiterverbreitung. Durch ungenügende Desinfektion und durch Jauche wurde insgesamt 16 mal, durch Seuchenverheimlichung 4 mal eine Ausbreitung verursacht.

1941 sank schließlich die Seuche auf 35 Neuausbrüche in 13 Gemeinden, und Ende des Jahres galten alle Seuchenherde als erloschen. 2 Rinder gingen nachweislich an MKS zugrunde. Als Einschleppungsweg kam wiederum der Handel mit Schlacht- und Nutztvieh in je 3 Fällen in Frage. Bei der Weiterverbreitung

wirkte der Personenverkehr mit 18 Seuchenverschleppungen am stärksten mit.

Ein erneuter Anstieg der MKS konnte 1942 beobachtet werden, wo in Oberfranken plötzlich wieder 46 Gemeinden und 113 Gehöfte von der Seuche ergriffen wurden. Dies war in erster Linie auf Einschleppung verseuchter Ferkel zurückzuführen, die in 32 Fällen für den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche verantwortlich gemacht werden konnten. Mit Schlachtvieh wurde 6 mal, dabei 4 mal mit Rindern und 2 mal mit Mastschweinen Maul- und Klauenseuche eingeschleppt. Eine Weiterverbreitung erfolgte in diesem Jahr wieder besonders stark durch Personenverkehr, wobei sich besonders unangenehm auswirkte, daß ein Bauer kurz vor der amtlichen Seuchenfeststellung in seinem Gehöft die Zuchtbullenversteigerung in Bayreuth besuchte und dabei Jungbullen infizierte und eine Verschleppung durch Personen in vermutlich 17 Fällen veranlaßte. Durch sonstigen Personenverkehr wurde die Seuche in 16 Fällen, durch die Rahmsammelstelle in Plech in 12 Fällen, durch Jauche und ungenügende Desinfektion und durch Verheimlichung in 6 Fällen verschleppt. 7 Rinder und 8 Kälber gingen an der Seuche ein.

Nur 2 Landkreise, Wunsiedel und Rehau, meldeten 1943 den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche, und dennoch wurde mit 20 verseuchten Gemeinden und 33 verseuchten Gehöften eine verhältnismäßig hohe Verseuchung erreicht. Die Einschleppung erfolgte durch einen Ferkeltransport eines Marktredwitzer Händlers in nachweisbar 24 Gehöfte und 11 Gemeinden. Von hier aus wurde durch Personenverkehr in 6 Fällen, durch Viehhandel in 2 Fällen eine Verschleppung herbeigeführt.

1944 konnte erstmals seit 1937 wahrscheinlich infolge der fortgeschrittenen Verkehrsbeschränkung - Seuchenfreiheit für den gesamten Regierungsbezirk Oberfranken gemeldet werden.

Jedoch schon im folgenden Jahr kamen aus 5 Landkreisen, Bayreuth, Ebermannstadt, Forchheim, Münchberg und Wunsiedel und aus dem Stadtkreis Bayreuth Meldungen von Neuausbrüchen der MKS. Insgesamt waren 44 Gehöfte und 9 Gemeinden von der Seuche betroffen. Die höchste Verseuchungsziffer erreichte der Landkreis Ebermannstadt, wo in einer Gemeinde 39 Gehöfte von der Seuche ergriffen wurden. Schon im Januar 1945 kamen aus den Gemeinden Kleinlosnitz und Weißdorf (Landkreis Münchberg) die ersten Seuchenmeldungen. Dabei vermutete der zuständige Regierungsveterinärarzt, daß durch den im Fichtelgebirge sehr regen Personenverkehr aus entfernten Gegenden auf irgendeinen Hof die Seuche

eingeschleppt, verheimlicht und so die Ursache der Weiterverbreitung wurde. Der Ausbruch in Bayreuth erfolgte in 2 Händlerstallungen, von wo aus durch Viehverkauf die Seuche nach Laineck, Grottendorf und Heinersreuth, sämtliche Landkreis Bayreuth, verschleppt wurde. Durch einen Flüchtlingstreck mit 3 Ochsen wurde schließlich die MKS in die Marktgemeinde Thiersheim (Landkreis Wunsiedel) gebracht. Der Treck gelangte vom Osten per Bahn bis Eger und benützte von dort aus den Landweg. Durch Einstellung der erkrankten Ochsen in einem Thiersheimer Stall wurde auch dort die Maul- und Klauenseuche hervorgerufen. Die restlichen Fälle konnten nicht eindeutig geklärt werden.

Die Jahre 1946 und 1947 brachten keinen Neuausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Nach diesen 2 seuchenfreien Jahren brach 1948 die MKS in Oberfranken wieder in 4 Landkreisen, nämlich Bamberg, Coburg, Höchstadt und Staffelstein aus.

Hierbei wurden insgesamt 14 Gemeinden mit 88 Gehöften ergriffen. Einmal wurde die Seuche in den Landkreis Höchstadt mit einer Schafherde eingeschleppt. Die übrigen Einschleppungsarten konnten nicht ermittelt werden. Die Weiterverbreitung erfolgte auch diesmal hauptsächlich durch Personenverkehr (34 mal), wobei besonders vom Regierungsveterinärat von Bamberg eine schärfere Formulierung des Begriffs "Versammlungsverbot" gefordert wurde.

Eine weitere Ausdehnung erfuhr die MKS im Jahre 1949. Hierbei spielte die Einfuhr von Ferkeln ohne Verlade- und Etnladeuntersuchung eine wesentliche Rolle. Besonders der Landkreis Bamberg mit 10 neuverseuchten Gemeinden und 26 Gehöften und der Landkreis Forchheim mit 5 Gemeinden und 10 Gehöften wurden auf diese Weise von der Seuche stark heimgesucht. Am 30.3.1949 wurde aus Mittelasungen (Landkreis Coburg) der Typ B der Maul- und Klauenseuche gemeldet. Die Einschleppung geschah vermehrt durch Personenverkehr. Wie der zuständige Amtstierarzt berichtete, wurde in dieser Gemeinde die Anordnung der Sperrmaßnahmen durch unglückliche Umstände verzögert, so daß mit einer Weiterverbreitung zu rechnen war. Insgesamt meldete Coburg dann auch 3 verseuchte Gemeinden mit 13 Gehöften. In den Landkreis Lichtenfels wurde der Typ A₄ durch Personenverkehr in 2 Gemeinden mit 3 Gehöften eingeschleppt. Der Landkreis Staffelstein meldete eine verseuchte Gemeinde und 4 Gehöfte, der Landkreis Höchstadt 1 weiteres Gehöft in einer bereits 1948 verseucht gewesenen Gemeinde.

Das Jahr 1950 war wiederum frei von Maul- und Klauenseuche.

Zur zweitstärksten Verseuchung des Regierungsbezirkes Oberfranken seit 1933 kam es im Jahre 1951, in dem sämtliche Stadt- und Landkreise von der Maul- und Klauenseuche erfaßt wurden. Insgesamt waren in diesem Jahr 369 Gemeinden und 2734 Gehöfte von der Seuche ergriffen. Als Einschleppungsquelle in den Regierungsbezirk wurde vor allem wieder der Ferkel- und Viehhandel ermittelt. So gelangte im August 1951 die MKS durch einen Transport Jung-rinder nach Krönach. Dieser Transport kam aus Norddeutschland. In den Monaten September, Oktober, November und Dezember wurden in dem bis dahin maul- und klauenseuchefreien Oberfranken besonders durch Ferkelhandel in den verschiedenen Landkreisen Seuchenherde geschaffen, die sich vor allem durch Personenverkehr zu einer ausgedehnten Verseuchung ausbreiteten. Einmal war eine Seuchenverheimlichung eines Viehhändlers aus Döbra schuld an der Weiterverbreitung in 8 Gehöfte. Durch Hausierhandel von Kronacher Händlern wurde die Seuche in den Landkreis Bamberg in 7 Gehöfte getragen. Infolge ungenügender Desinfektion sowie durch ungenügende Verwahrung von Geflügel und Hunden wurde die Seuche in 29 Fällen verschleppt. Zu erwähnen ist noch, daß im Jahre 1951 eine Bäuerin und ein Kind an Maul- und Klauenseuche leicht erkrankten.

Mit 239 verseuchten Gemeinden und 1043 Seuchengehöften ist der Verseuchungsgrad auch im Jahre 1952 noch verhältnismäßig hoch geblieben. Dabei wurde die MKS in 3 Fällen durch illegale Grenzgänger aus der Ostzone in den Regierungsbezirk, und zwar in die Landkreise Coburg und Kronach eingeschleppt. Es handelte sich um den Typ C der Maul- und Klauenseuche. Die übrigen Seuchenherde der einzelnen Landkreise gehen fast ausschließlich auf Ferkel- und Schlachtvieheinfuhren aus Norddeutschland zurück, wobei in den Fällen der Ferkel-einfuhren die amtstierärztlichen Untersuchungen und die Quarantänevorschriften übergangen wurden. Aber auch durch die Einfuhr von Ferkel aus anderen bayerischen Regierungsbezirken, die ja der Quarantänebestimmung nicht unterliegen, wurden in einigen Fällen Seuchenherde geschaffen.

Aus nachfolgender Skizze, die aus dem Akt der Regierung von Oberfranken "Einfuhr von Klauentieren, Ferkelhandel, Verkehr mit Schlachtvieh" Nr. 3827 ga, entnommen wurde, sind die Einschleppungswege und Weiterverbreitungen der Maul- und Klauenseuche übersichtlich zu sehen.

Die größte Schuld an der großen Verbreitung der Seuche im Jahre 1952 trug zweifellos der Ferkelhändler R. aus Kulmbach, der am 8.10. und 14.10. d.J.

2 Ferkeltransporte von je 40 und 37 Ferkeln von Melle (Hannover) ohne Entladeuntersuchung und ohne Beachtung der zehntägigen Quarantäne nach Kulmbach einfuhrte und dadurch nachweisbar in 6 Landkreise und 2 Stadtkreise mit 27 Gemeinden und 36 Gehöften die Seuche eingeschleppt hat. Von diesen Herden breitete sich die MKS auf weitere 5 Landkreise mit 47 Gemeinden aus, so daß insgesamt durch diesen Ferkelhändler Ende Oktober 1952 direkt und indirekt 11 Landkreise, 2 Stadtkreise mit insgesamt 74 Gemeinden (80 Ortschaften) mit MKS verseucht wurden. Weiterhin verschleppte dieser Händler die Seuche in den Regierungsbezirk Oberpfalz. Nach Berechnung der Regierung von Bayreuth entstand dadurch ein Kostenaufwand von insgesamt 208 018.-- DM, wobei der wirtschaftliche Schaden noch nicht inbegriffen ist. Der Personenverkehr stand auch 1952 an der Spitze der Verschleppungsarten. In diesem Jahre erkrankten wiederum Menschen, und zwar zwei Bäuerinnen und ein Kleinstkind, an MKS. Der Krankheitsverlauf war dabei sehr milde.

Ferkeltransporte aus Norddeutschland waren auch 1953 für die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche nach Oberfranken verantwortlich. Vor allem die Ferkelhandlung M. aus Bevern (Oldenburg) verschleppte die MKS in 6 Landkreise und 2 Stadtkreise mit 32 Gemeinden und 58 Gehöften. Am 29.4. und 2.5.1953 wurden durch dieses Geschäft rund 500 Ferkel mit gefälschten Ursprungszeugnissen aus Mellrichstadt in den Regierungsbezirk eingeführt, bei denen dann erstmals auf dem Ferkelmarkt in Kronach bei einem Schwein MKS festgestellt wurde. Diese Ferkel gelangten mittels Lkw unmittelbar aus Oldenburg nach Michelau (Landkreis Lichtenfels). Zu dieser Zeit war der Regierungsbezirk seit 7 Wochen seuchenfrei. Der Schaden belief sich allein durch diese Einschleppung auf 70 899.-- DM. In 10 Fällen wurde der Gesamtbestand an Ferkeln getötet mit dem Erfolg, daß die Maul- und Klauenseuche zum Erlöschen kam.

Insgesamt waren im Jahre 1953 50 Gemeinden und 79 Gehöfte verseucht.

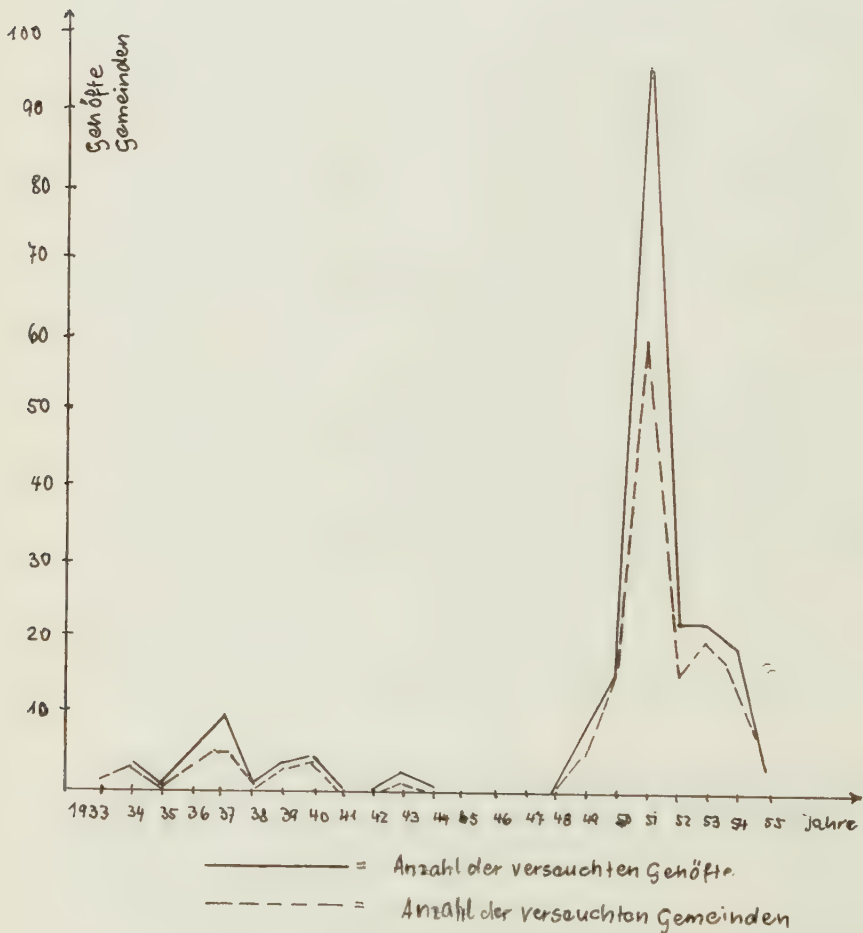
In den Jahren 1954 und 1955 wurde kein Neuausbruch der Maul- und Klauenseuche gemeldet.

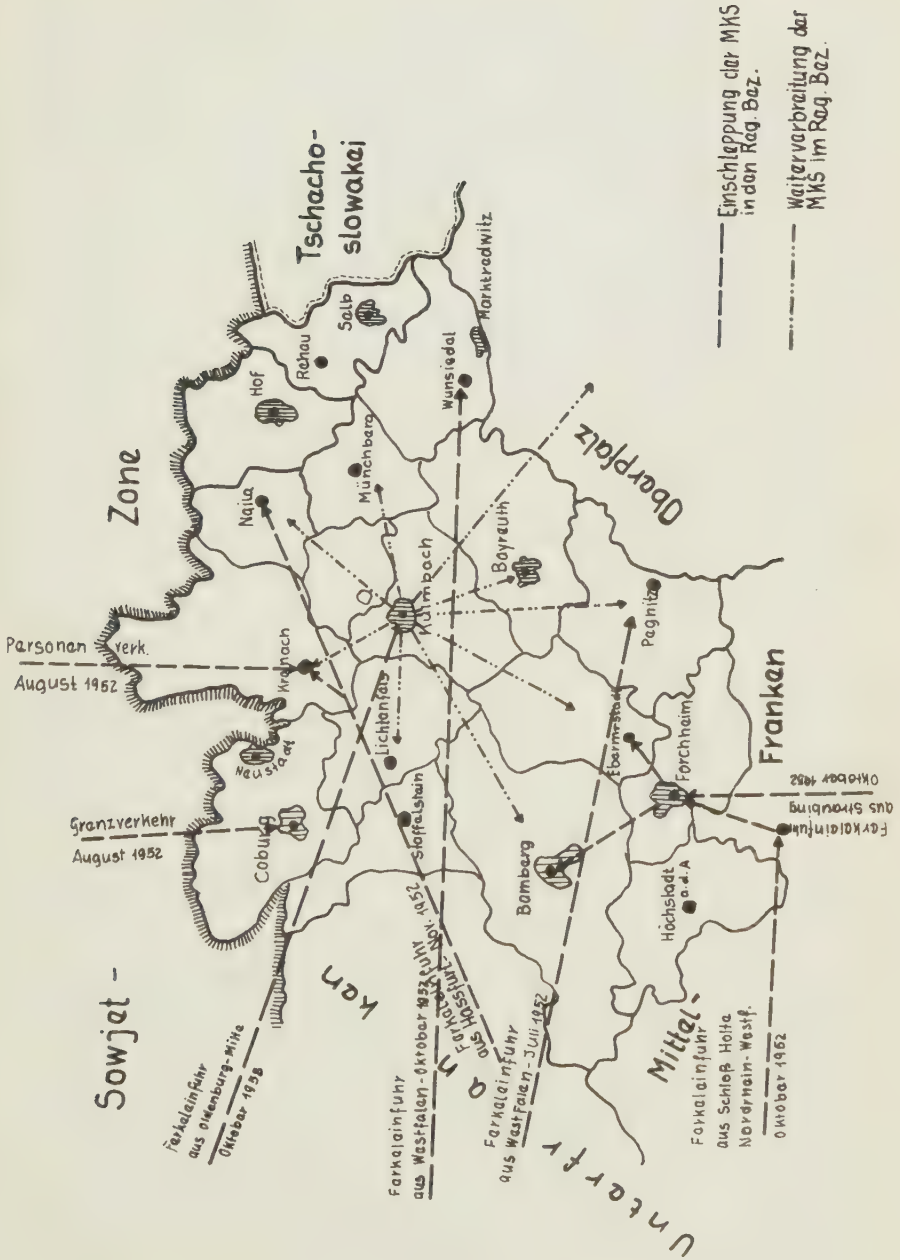
Zusammenfassend wird nochmals festgestellt, daß bei allen Seuchenzügen, die von 1937 bis 1955 über Oberfranken hinwegzogen, die Seucheneinschleppung durch Ferkel- und Viehhandel den weitaus größten Prozentsatz der Einschleppungsarten ausmachte. Für die Weiterverbreitung war vor allem der Personenverkehr (Hausierhandel) von ausschlaggebender Bedeutung. Auf diese Hauptursachen der Seuchenausbreitung ist daher in Seuchenzeiten das größte Augenmerk zu richten.

Soweit aus den Akten der Regierung noch ersichtlich, wurden von 1938 bis 1944 839 an der Seuche gefallene Rinder mit insgesamt 234 059,-- RM und von 1948 bis 1955 528 gefallene Rinder mit 408 404,-- DM entschädigt.

3. Schweinepest

Die folgende graphische Darstellung zeigt die Verbreitung der Schweinepest in den Jahren 1933 - 1955.





In Schweinebeständen vorher seuchenfreier Gebiete tritt die Schweinepest stets infolge einer Einschleppung auf, und auch in verseucht gewesenen Gehöften pflegt die Seuche, da sich das Virus - wie im ersten Teil schon beschrieben - außerhalb des Tierkörpers nur unter besonderen Bedingungen eine Zeitlang ungeschwächt erhält, nur ausnahmsweise ohne eine neuerliche Einschleppung wiederholt aufzutauchen. Der allenthalben sehr lebhafte und schwer kontrollierbare Schweineverkehr ist der wirksamste Verbreiter der Seuche, wobei die Schweinemärkte, Hausierer, Kastrierer und Wanderzigeuner wesentlich zur Verschleppung des Seuchenstoffes beitragen. Eine gewisse Bedeutung hat auch die Verfütterung von Schlachtabfällen, Fleischwasser, Spülicht und Küchenabfällen. Dazu kann es kommen, wenn virushaltiges Fleisch in den Verkehr kommt; ein Vorkommnis, mit dem gerechnet werden muß, weil die Seuche im Inkubationsstadium trotz sorgfältigster Untersuchung bei der Fleischschau nicht erfaßt werden kann (HUTYRA-MAREK-MANNINGER).

Im Jahre 1933 wurde die Schweinepest am 19.3. aus Sachsen durch einen Transport von 9 Schweinen in 3 Gehöfte von Oberdornbach (Landkreis Kulmbach) und am 1.7. mit einem Transport von 110 Schweinen sowie einem weiteren Transport von 88 Schweinen am 3.7. in den städtischen Schlachtviehhof Hof (Saale) aus Preußen eingeschleppt.

Von den gemeldeten 4 Seuchenherden im Jahre 1934 in den Landkreisen Staffelstein, Forchheim, Bamberg und Naila konnte die Einschleppung nur im Falle des Metzgermeisters S. aus Naila nachgewiesen werden. Dieser führte am 23.10 1934 aus Lobenstein in Thüringen - einem nichtgemeldeten Seuchenherd - ein Schlachtschwein ein, welches er ohne Entladeuntersuchung schlachtete.

Auch 1935 konnte die Ursache des Auftretens von Schweinepest im Landkreis Lichtenfels in der Gemeinde Michelau nicht eindeutig geklärt werden.

Sämtliche gemeldeten Schweinepestausbrüche im Jahre 1936 wurden eindeutig auf den Ferkelhandel zurückgeführt. So erkrankten am 4.6.1936 in den Stallungen des Ferkelhändlers H. in Marktleuthen (Landkreis Wunsiedel) 16 Ferkel, die am 27.5. auf dem Schweinemarkt in Freising gekauft worden waren, an dieser Seuche. Die Tilgung der Seuche erfolgte durch Abschachten des ganzen Bestandes. Am 21.8.1936 wurde durch einen Unterhändler des Schweinehändlers W.H. aus Barschüttingsdorf (Landkreis Herford) durch westfälische Ferkel, die mittels Lastkraftwagen auf den Forchheimer Markt verbracht worden waren, in 3 Gemeinden des Landkreises Forchheim (Burk, Kersbach und Oberzaunsbach) Schweinepest

eingeschleppt. Außerdem wurde die Seuche noch bei 2 Schweinetransporten aus der Gemeinde Moorriem (Amt Wesermarsch, Oldenburg), die am 6.11.1936 mit 57 Schweinen - davon 18 an der Seuche erkrankt - und am 7.11. mit 60 Schweinen - davon 6 an der Seuche erkrankt - in Bamberg ankamen, gelegentlich der vorgeschriebenen amtstierärztlichen Entladeuntersuchung auf der Bahnhoframpe festgestellt. Beide Transporte wurden sofort abgeschlachtet.

Der größte Verseuchungsgrad der Vorkriegsjahre wurde 1937 erreicht, Bis auf einen Fall im Landkreis Coburg, wo der Ausbruch der Schweinepest nach Angaben des dortigen Amtstierarztes auf das Akutwerden latenter Herde nach vorausgegangener Rotlaufimpfung zurückzuführen war, waren ausschließlich Ankaufferkel für die Seucheneinschleppung verantwortlich. So wurden im Landkreis Forchheim durch Ferkel der Schweinehandlung M. aus Weißenburg (Bayern) 4 Gemeinden (Effeltrich, Ösdorf, Buckenhofen und Hallerndorf) mit insgesamt 8 Gehöften von der Schweinepest ergriffen. In die Gemeinde Lützenreuth (Landkreis Münchberg) kam die Schweinepest durch Ankauf von Ferkeln aus einer Schweinehandlung in Gefrees.

Im folgenden Jahr 1938 wurde kein Seuchenausbruch festgestellt.

1939 war wieder ein Ansteigen der Verseuchung mit Schweinepest zu verzeichnen. Die Landkreise Kronach, Höchstadt und Ebermannstadt meldeten je eine verseuchte Gemeinde mit je einem Gehöft. Während die Einschleppung in den Schweinebestand der Ökonomieratswitwe B. in Schmölz (Landkreis Kronach) und in die Stallung der NSV Herzogenaaurach nicht festgestellt werden konnte, erfolgte die Einschleppung in den Bestand des Gutsbesitzers S. auf Scherleithen (Gemeinde Wadendorf, Landkreis Ebermannstadt) mit Bestimmtheit durch Schweine aus dem Saargebiet, die mit anderem Flüchtlingsvieh in der zweiten Hälfte des September bei S. untergebracht waren.

Im Jahre 1940 erfaßte die Schweinepest 3 Landkreise, Bamberg, Höchstadt und Hof, mit insgesamt 4 Gemeinden und 4 Gehöften. Nur über die Einschleppungsart in die Gemeinde Mönchsambach (Landkreis Bamberg) am 5.7.1940 konnten nähere Angaben nicht gemacht werden. Nach Feststellung des Regierungsveterinärrats von Bamberg mußte die Infektion erst nach Absendung der 6 Ferkel und der in Osnabrück stattgefundenen Verladeuntersuchung erfolgt sein. In den übrigen 3 Fällen konnte nichts Positives über die Einschleppungsursache ermittelt werden.

Durch die Zwangswirtschaft der Kriegszeit, in der der Viehhandelsverkehr, also auch der Handelsverkehr mit Schweinen, fast ruhte, ging die Schweinepest

soweit zurück, daß von 1940 bis 1948 außer im Jahre 1943 kein Fall von Schweinepest in Oberfranken festgestellt wurde. 1943 wurden aus einem schweinepestverdächtigen Transport aus Melle (Hannover) durch Schweinehändler M. aus Langenzenn (Landkreis Fürth) 2 Ferkel an den Bauern F. und 1 Ferkel an den Bauern S. in Burgstall (Landkreis Höchstadt) verkauft, bei denen dann auch amtstierärztlich Schweinepest festgestellt wurde. Beide Bestände wurden sofort geschlachtet und dadurch die Seuche getilgt.

1949 gingen bei der Regierung von Oberfranken die Meldungen von 8 Neuausbrüchen der Schweinepest ein. Davon ereigneten sich 7 im Stadt- bzw. Landkreis Bayreuth. In dem dort erstverseuchten Gehöft erfolgte die Einschleppung durch den Zukauf von 2 Cornwall-Schweinen aus Malkmus (Landkreis Hünfeld). Da in der betreffenden Zeit dieses Gehöft von einem Tierarzt gegen Rotlauf geimpft wurde, mußte mit einer Weiterverbreitung der Seuche gerechnet werden, die dann auch tatsächlich in 2 weiteren Gehöften, die nach dem erstgenannten Seuchengehöft gegen Rotlauf geimpft worden waren, auftrat. Von hier aus erfolgte dann die Weiterverbreitung der Schweinepest in weitere 4 Gehöfte durch Zuchtschweine, die zum Decken in den Seuchengehöften einige Tage untergebracht worden waren. Die Einschleppungsart des letzten Falles im Landkreis Bamberg konnte nicht geklärt werden.

Ein weiterer Seuchenanstieg erfolgte im Jahre 1950, wo 15 Gemeinden und 16 Gehöfte aus 2 Landkreisen und 1 Stadtkreis von der Schweinepest erfaßt wurden. Die Einschleppung erfolgte durch einen Läufertransport aus der Graischafft Hoya (Hannover), der nicht der amtstierärztlichen Untersuchung unterzogen worden war.

Das Jahr 1951 verzeichnete den Höchststand der Verseuchung durch Schweinepest seit 1933 in Oberfranken. Die Seuche trat in 61 Gemeinden mit insgesamt 96 Gehöften auf. Die angestellten Ermittlungen der zuständigen Regierungsveterinäräräte ergaben, daß die Seuche in den ersten 4 Monaten dieses Jahres fast durchweg durch Zukauf von Ferkeln und Läuferschweinen, die immer von ein und demselben Großschweinehändler auf dem Haßfurter Markt an oberfränkische Schweinehändler abgegeben worden waren, erfolgte. Es soll sich hierbei, wie in Händlerkreisen vermutet wurde, um Ferkel aus der Flensburger Gegend gehandelt haben. In mindestens 6 Gehöfte erfolgte im Monat März 1951 durch den Schweinehändler O. aus Zapfendorf durch Verkauf infizierter Ferkel eine Verschleppung der Schweinepest. Aus Ebern (Unterfranken) wurde mit einem Zuchtschwein, das 2 Tage lang beim Zuchteber in Muggenbach (Gemeinde Lechenroth,

Landkreis Staffelstein) untergebracht war, die Schweinepest eingeschleppt. Die Ursache des Seuchenausbruchs in Stadelhoten (Landkreis Pegnitz) wurde auf Zukauf zweier Korbschweine, die nicht amtstierärztlich untersucht worden waren, zurückgeführt.

Endlich ist noch zu erwähnen, daß in Ebensfeld eine Verbreitung der Schweinepest durch eine Frau erfolgte, die männliche Ferkel kastrierte. Insgesamt wurden im Jahre 1951 563 Schweine auf polizeiliche Anordnung getötet, 155 verendeten an der Seuche.

1952 erfolgte ein Absinken der Schweinepest auf 13 verseuchte Gemeinden mit 22 Gehöften. Dabei waren Bamberg-Stadt und Land mit insgesamt 6 Gemeinden und 15 Gehöften am stärksten verseucht. Die Einschleppungsursache konnte jedoch nur in 3 Gehöften geklärt werden, in welche ein Flüchtling aus Bamberg mehrere ca. 2 Zentner schwere Schweine einstellte und sie dann als schlechte Fresser schlachtete. Kurze Zeit darauf erkrankten dann die Schweine des Hofbesitzers an Schweinepest.

Wie im Vorjahr, wurden auch 1953 22 verseuchte Gehöfte bei der Regierung von Oberfranken gemeldet, wobei wiederum Bamberg-Land mit allein 11 Seuchengehöften die stärkste Verseuchung anzeigte. Dies dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß der Ferkelhändler K. aus Frensdorf der vermutlich auch die Schweinepest durch Ferkelverkauf nach Schweinsbach (Gemeinde Sambach, Landkreis Höchstadt) gebracht hatte, sich bei der amtstierärztlichen Kontrolle weigerte, Einblick in seine Stallungen und Kontrollbücher zu gewähren. Trotz sofortiger Sperrung des gesamten Schweinebestandes, der als ansteckungsverdächtig behandelt wurde und wahrscheinlich ohne Untersuchung nach Oberfranken eingeführt worden war, versuchte K. weiterhin Ferkel zu verkaufen, was nur teilweise durch strengste polizeiliche Überwachung verhindert werden konnte.

In den Landkreis Ebernmannstadt gelangte die Schweinepest durch Zukauf von Ferkel, die am 26.3.1953 von einem Ferkelhändler aus Eschenau (Landkreis Erlangen) auf dem Forchheimer Ferkelmarkt verkauft wurden.

Ein weiterer Rückgang an Schweinepesterkrankungen konnte im Jahre 1954 beobachtet werden, wo in 15 Gemeinden und 18 Gehöften diese Seuche amtlich festgestellt wurde. Bamberg-Land und der Landkreis Coburg hatten dabei die höchsten Verseuchungsziffern. Über die Einschleppungsarten konnte allerdings nichts Positives festgestellt werden.

Nur im Monat April herrschte im Jahre 1955 die Schweinepest in Oberfranken in 2 Gemeinden und 2 Gehöften. Hierbei handelte es sich in einem Fall um ein zugekauftes Läufer Schwein in Neudörflas bei Coburg, bei dem im Tierversuch Schweinepest festgestellt wurde. Die Art der Seucheneinschleppung konnte im zweiten Fall nicht geklärt werden.

Abschließend ist über die Epidemiologie der Schweinepest nochmals festzustellen, daß diese Seuche in den Regierungsbezirk zum weitaus größten Teil durch Ankauf von Ferkel oder Läufer Schweinen eingeschleppt wurde.

Auch der Verkehr mit Zuchtschweinen (Deckgeschäft) gab zweimal Anlaß zu einer Seuchenverbreitung. Personenverkehr (Kastrierer) spielte dagegen in Oberfranken bei der Ausbreitung der Schweinepest keine größere Rolle.

Insgesamt wurden - soweit aus den Akten noch ersichtlich - 1516 Schweine auf polizeiliche Anordnung getötet und ab 1948 wurden 1242 Schweine mit 109 458.-- DM entschädigt.

4. Hühnerpest

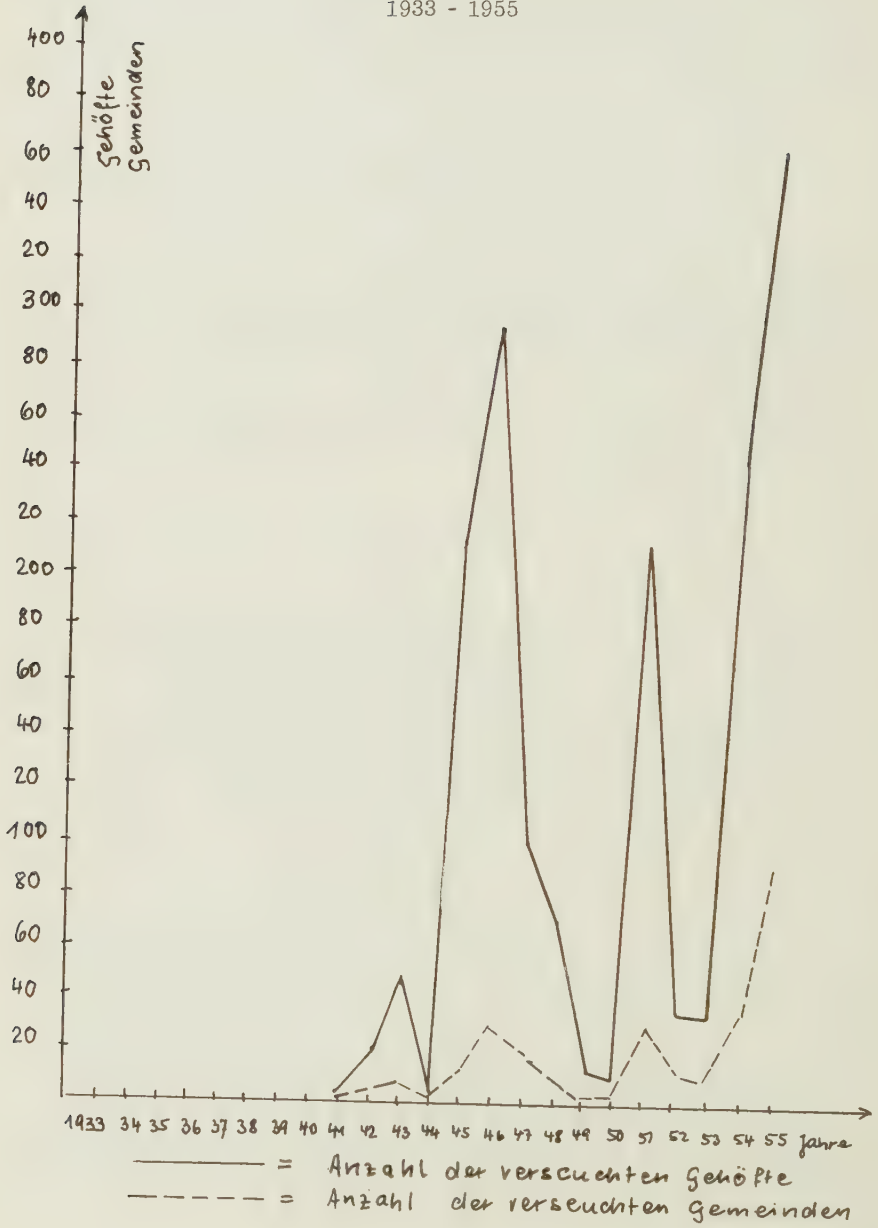
Als letzte wichtige Seuche, deren Vorkommen seit 1942 im Regierungsbezirk vor allem in den Nachkriegsjahren schwere wirtschaftliche Verluste brachte, sei die Hühnerpest erwähnt. In Deutschland zuerst 1901 aufgetreten, hatte sie seit dem Seuchenzug von 1925 bis zum Jahre 1941 keine praktische Bedeutung mehr. Von diesem Zeitpunkt ab war Oberfranken lediglich 1944 seuchenfrei, was aus folgender graphischer Darstellung ersichtlich ist.

Erstmals in der Berichtszeit wurde diese Erkrankung am 26.4.1942 im Landkreis Bayreuth, in Döberschütz (Gemeinde Seybothenreuth) in 6 Gehöften festgestellt. Die Nachforschungen nach der Einschleppung der Seuche ergaben, daß die Jagdpächter am 10.3.1942 etwa 3 km entfernt von der Ortschaft 3 Fasanenhennen und einen Hahn, die sie von der Tierhandlung Mohr in Ulm bezogen hatten, ausgesetzt hatten. Diese Tiere nisteten dann ganz in der Nähe von Döberschütz im Niederholz. Nach Angabe der Bauern sollen schon einmal Fasane eingeführt worden sein, die allerdings verendeten.

In Übereinstimmung mit dem Geflügelsachverständigen der Landesbauernschaft stellte der Regierungsveterinär rat bei der Regierung deshalb den Antrag auf

HÜHNERPEST

1933 - 1955



Tötung der Fasanen, um die Ansteckungsquelle zu beseitigen. Am 8.5. wurden dann weitere 5 Gehöfte als von der Seuche befallen gemeldet. Hierbei handelte es sich allerdings mit großer Wahrscheinlichkeit um eine Weiterverbreitung aus den erstgenannten Seuchengehöften. Insgesamt verendeten 52 Hühner und 313 wurden geschlachtet. Das zweite Auftreten von Hühnerpest wurde am 13.10. aus der Stadt Bayreuth gemeldet, wo von 37 Hühnern 6 verendeten; die übrigen wurden geschlachtet. Die Einschleppungsursache ist hier allerdings nicht zu ermitteln gewesen.

Im Berichtsjahr 1943 wurden aus 3 Land- bzw. Stadtkreisen hühnerpestverseuchte Gehöfte gemeldet. Im Stadtbezirk Bayreuth wurde diese Seuche am 6.1.43 und am 23.2.43 festgestellt. In beiden Fällen erfolgte die Einschleppung durch Verfütterung von Abfällen von je einem Huhn, das zu Weihnachten für Kinderreiche als Sonderzuteilung ausgegeben worden war. Die Hühner - ausländische Rassen - wurden durch eine Delikatessenhandlung in Bayreuth geliefert, und diese bezog die Hühner von der Geflügelhandlung T. in Nürnberg. Eine starke Verbreitung erlangte die Hühnerpest im Landkreis Forchheim, wo eine Gemeinde und 36 Gehöfte verseucht waren. Da die ersten Krankheitsfälle auf verunreinigtes Grabenwasser oder Kunstdünger zurückgeführt wurden, erfolgte eine Verdachtsmeldung erst 14 Tage nach Ausbruch der Seuche. Deswegen konnte die Art der Einschleppung nicht ermittelt werden. Es mußte vielmehr nach Angabe des Veterinärrats angenommen werden, daß die allerersten Seuchenfälle noch weiter zurücklagen und überhaupt nicht bekannt geworden sind. Zur verstärkten Ausbreitung in dieser Ortschaft dürfte auch wohl beigetragen haben, daß der Bauer R. aus Neunkirchen am Brand bei der Bestandserhebung 5 seiner Hühner nicht angegeben hatte, um ihre Abschachtung zu umgehen. Diese Tiere wurden gelegentlich einer Seuchenkontrolle am 29.5.43 - also 11 Tage nach der Seuchenfeststellung - teils tot, teils im Verenden vorgefunden. Weiterhin waren noch 2 nicht zur Tötung abgelieferte, am 18.5. hierzu bestimmte Hühner, sowie eine größere Anzahl inzwischen ausgeschlüpfter Kücken im Seuchengehöft versteckt worden. Gegen diesen Besitzer wurde Strafverfolgung beantragt und die Ablehnung der Auszahlung einer Entschädigung für die getöteten Tiere. Die Einschleppungsart in die Gemeinden Pilgramsreuth und Degenreuth (Landkreis Rehau) konnte nicht einwandfrei ermittelt werden. Das Hühnersterben begann im Anwesen des H.D. in Rosenbühl. Ungefähr 6 Wochen vor Beginn des Sterbens kam der an der Ostfront stehende Besitzer auf Urlaub nach Hause. Der Zeitraum zwischen Heimkunft und Ausbruch der Seuche erscheint indessen zu lange, um beide Geschehnisse miteinander in Verbindung zu bringen.

1944 ereignete sich kein Seuchenausbruch.

Die erstmals stärkere Verbreitung der Hühnerpest im Jahre 1945 wurde, wie aus den Berichten der Amtstierärzte festzustellen ist, durch die nachkriegsbedingten Verhältnisse verursacht. Von zahllosen Rückkehrern wurde Geflügel aus verseuchten oder seuchenverdächtigen Beständen gekauft und geschlachtet, ohne daß dabei die unbedingt erforderliche sachgemäße Beseitigung der unverwendbaren Teile gewährleistet war. Ferner wurde die Ausbreitung der Seuche auch dadurch begünstigt, daß ausreichende Mengen Kalk und andere Desinfektionsmittel fehlten sowie Gehöftssperrungen nur schwer durchzuführen und zu überwachen waren. Neben den Landkreisen Bamberg und Mürnberg meldete Höchststadt (Aisch) mit 7 verseuchten Gemeinden und 186 Seuchengehöften die größte Verseuchungsziffer.

Hierzu wird von zuständiger Amtsstelle mitgeteilt, daß bereits im Herbst 1944 von einer gehäuften Geflügelsterbe in Höchststadt zu hören war. Es muß daher angenommen werden, daß es sich dort um einen älteren Seuchenherd handelt, der zu Beginn des Frühjahrs wieder aufgeflackert ist.

Auch im Jahre 1946 spielten die nachkriegsbedingten Verhältnisse bei der Verbreitung der Hühnerpest eine große Rolle. Infolge mangelnder Fahrgelegenheiten zur Überwachung der Seuchengehöfte sowie Fehlen von genügenden Mengen von Desinfektionsmitteln und Unkontrollierbarkeit der Verbreitung geschlachteten Geflügels war eine Ausbreitung auf 8 Landkreise mit 28 verseuchten Gemeinden und 291 verseuchten Gehöften nicht zu verhindern.

Während die Einschleppung nur in einem Falle auf Verfütterung infizierten Hafers zurückgeführt werden konnte, war bei der Weiterverbreitung hauptsächlich Personenverkehr beteiligt. In einem Fall im Landkreis Wunsiedel wurden Hühner ohne Anzeige in der Nähe eines anderen Gehöfts oberflächlich eingegraben, durch einen Fuchs wieder ausgeschart und auf diese Weise die Seuchenerreger verschleppt. 37 mal wurde als Art der Weiterverbreitung der Verkauf geschlachteter, den veterinärpolizeilichen Anordnungen nicht entsprechend hergerichteter Hühner gemeldet. Insgesamt wurden in diesem Jahr 1977 Hühner auf polizeiliche Anordnung hin getötet.

1947 war wieder ein Rückgang der Hühnerpest zu verzeichnen. Nur noch 4 Land- bzw. Stadtkreise meldeten insgesamt 20 verseuchte Gemeinden mit 100 Seuchengehöften. 928 Hühner wurden auf polizeiliche Anordnung hin getötet. In einem Fall in Sanspareil (Landkreis Kulmbach) wurde die Hühnerpest durch Zukauf eines Zuchthahns aus Nürnberg eingeschleppt. Da nun der Besitzer dieses Gehöfts kurz vor der Seuchenfeststellung weitere 7 Gehöfte besucht hatte, in denen sämtlich

Hühnerpest ausbrach, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß durch diesen Bauern eine Übertragung der Seuche stattgefunden hat. Aus den Akten des Regierungsveterinärrats von Pegnitz ~~ist zu~~ entnehmen, daß der Ausbruch der Hühnerpest in einer Gemeinde auf mangelhafte Ausführung der Beseitigung verendeter Hühner zurückzuführen war. Weiterhin wurde hier berichtet, daß der Mangel bzw. die ungenügende Ausführung der Desinfektion Ursache einer größeren Weiterverbreitung in die Nachbargehöfte war.

1948 wurden insgesamt 4 Gemeinden und 68 Gehöfte aus 3 Landkreisen als hühnerpestverseuchte gemeldet. Davon waren allein im Landkreis Höchstadt 2 Gemeinden mit 66 Seuchengehöften. Die Einschleppungsarten konnten nicht ermittelt werden. Die Ausbreitung vor allem in den Gemeinden des Landkreises Höchstadt erfolgte einmal durch zu späte Meldung der Seuchenherde und der damit verbundenen Verschleppung der Viren, zum andern durch teilweise ungenügende Desinfektion.

Fast völlig zum Erlöschen kam die Hühnerpest im Jahre 1949, wo im ganzen Regierungsbezirk lediglich nur noch 1 Stadtkreis (Hof) 5 Seuchengehöfte meldete. Auch hier konnte die Einschleppungsursache nicht ermittelt werden.

Der Landkreis Hof meldete 1950 1 hühnerpestverseuchte Gemeinde mit 4 Seuchengehöften.

Eine erschreckende Ausdehnung erfuhr die Hühnerpest im Jahre 1951, wo 14 Land- bzw. Stadtkreise 33 verseuchte Gemeinden mit 217 Seuchengehöften meldeten. In die Gemeinde Welitsch (Landkreis Kronach) gelangte dabei die Seuche durch ein an Hühnerpest verendetes Huhn, das mit dem Fluß aus einem nahegelegenen thüringischen Ort in Welitsch angeschwemmt wurde. Durch Unkenntnis der Krankheitserscheinungen sowie Unachtsamkeit bei der Vernichtung eingegangener Hühner breitete sich die Hühnerpest in dieser Gemeinde schlagartig in fast sämtlichen Ställen aus. Auch in die Mühle der an diesem Fluß gelegenen Gemeinde Pressig gelangte die Hühnerpest vermutlich über dem Wasserweg. Immer wieder wurde auch in diesem Jahr von den Regierungsveterinärräten die mangelhafte Ausführung der unschädlichen Beseitigung der Abfälle von kranken Hühnern für die Einschleppung und vor allem auch für die Weiterverbreitung der Hühnerpest verantwortlich gemacht. Auch durch achtloses Wegwerfen und Verfüttern von Abfällen ausländischer Schlachthühner wurde in verschiedene Landkreise Hühnerpest eingeschleppt. Bei der Weiterverbreitung der Seuchenerreger wirkte vor allem sehr begünstigend, daß

die großen Ausläufe der Hühner schwer, manchmal fast gar nicht zu desinfizieren waren und somit immer wieder von diesen Stätten aus Neuansteckungen in bis dahin unverseuchte Gehöfte erfolgten. Insgesamt wurden in diesem Jahre 4761 Hühner auf polizeiliche Anordnung hin getötet.

Im Jahre 1952 ging schließlich die Hühnerpest wieder auf 14 Gemeinden und 34 Gehöfte zurück. Auch in diesem Jahr wurden wiederum durch Unvorsichtigkeit bei der Verarbeitung ausländischen Geflügels in verschiedenen Landkreisen Seuchenherde geschaffen, von denen dann, teils durch ungenügende Desinfektion, teils durch Personenverkehr, teils durch Verkauf notgeschlachteten Geflügels eine starke Weiterverbreitung der Seuche stattfand.

Ein weiterer Seuchenrückgang konnte im Jahre 1953 verzeichnet werden, in dem nur mehr aus 6 Landkreisen Seuchenmeldungen eingingen. Dabei meldete der Landkreis Kronach mit 3 Gemeinden und 24 Gehöften allein über die Hälfte der Seuchengehöfte. Diese Seuchenherde erstreckten sich zum großen Teil entlang der Zonengrenze, so daß eine Einschleppung aus verseuchten thüringischen Gebieten in Frage zu ziehen war.

Im Jahre 1954 verschlechterte sich die Seuchelage plötzlich sehr stark. Der Landkreis Kronach war mit 118 Seuchengehöften - fast die Hälfte der Seuchengehöfte in ganz Oberfranken - wieder am stärksten von dem Hühnersterben betroffen. Als Einschleppungsart kam diesmal der Ankauf von Fasanen durch ca. 40 Jagdpächter hinzu. Diese Fasanen stammten aus einer zoologischen Handlung aus Ulm und waren tschechoslowakischen Ursprungs. Die Einschleppung der Hühnerpest mit diesem Wilderfolgte vor allem in die Landkreise Coburg, Staffelstein und Lichtenfels. In den Landkreis Bamberg wurde die Hühnerpest durch Fußballspieler aus einer verseuchten Gemeinde gebracht. Da zahlreiche Todesfälle zu Beginn der Erkrankung nicht gemeldet wurden und die toten Hühner längs des Mains in die dortigen Tümpel und Weidesträucher geworfen wurden, ist es nicht verwunderlich, daß der gesamte Hühnerbestand dieser Ortschaft verseucht und eine Weiterverbreitung der Seuche im Landkreis in andere Ortschaften zu befürchten war und auch erfolgte. Durch infizierte Futtermittel wurde die Hühnerpest in den Stadtkreis Bamberg eingeschleppt. In 2 Fällen wurde durch an Bachrändern angeschwemmten Unrat, der mit Abfällen von erkrankt gewesenen und geschlachteten Tieren verseucht war, Hühnerpest eingeschleppt. Auch in diesem Jahr erfolgte eine Weiterverbreitung wiederum dadurch, daß die Hühnerausläufe nicht in allen Fällen mit wünschenswerter Sicherheit desinfiziert werden konnten. Die in diesem Jahre durchgeführten Hühner-

schutzimpfungen im Landkreis Kronach ergaben mit wenigen Ausnahmen ein gutes Resultat.

Auch im Jahre 1955 ist ein weiterer rascher Anstieg der Seuchenkurve zu vermerken. Insgesamt wurden in Oberfranken 93 Gemeinden und 373 Gehöfte von der Seuche ergriffen. 10 188 Hühner mußten auf polizeiliche Anordnung hin geschlachtet werden. Da vor allem in Gastwirtschaften verschiedener Landkreise, die alle Schlachtgeflügel amerikanischer Herkunft verwendeten, die Hühnerpest immer zuerst ausbrach, kann angenommen werden, daß durch die achtlos in den Hühnerhof geworfenen Abfälle eine Ansteckung erfolgt ist. Einmal wurde in eine Geflügelfarm des Landkreises Staffelstein die Seuche dadurch eingeschleppt, daß der Besitzer einige Tage vor Beginn der Erkrankungen Eierschalen aus einem Hotel verfütterte. Von dieser Farm aus wurde die Seuche in weitere 3 Gemeinden und 15 Gehöfte dadurch verschleppt, daß der Hühnerfarmbesitzer zu den stattfindenden Kirchweihen Brathühner aus seinem Bestand geliefert hat. Der Ausbruch der Hühnerpest im Landkreis Wunsiedel war auf Schlachtgeflügel der Geflügelhandlung K. zurückzuführen. Der Seuchenherd in Rehau entstand so, daß der Bauer B. aus Neuhausen 10 Junghennen aus Westfalen vom Geflügelhof Baak bezogen hatte, keine amtstierärztliche Einfuhruntersuchung vornehmen ließ und auch keinerlei Einfuhrpapiere besaß. Die mangelnde Ausführung der unschädlichen Beseitigung der Tierkörper, der Streu und des Düngers kranker Tiere, führte auch 1955 in allen verseuchten Landkreisen wiederholt zu Ausbrüchen und schneller Verbreitung der Seuche. Auch mangelhafte Desinfektion der Seuchengehöfte bewirkte verschiedentlich Rückfälle der Hühnerpest.

Zusammenfassend wird am Ende dieses Kapitels nochmals festgestellt, daß in seuchenfreie Gebiete der Seuchenstoff hauptsächlich durch krankes oder im Inkubationsstadium befindliches Geflügel (Fasan), ferner vor allem auch durch Verfüttern von Abfallprodukten erkrankt gewesener notgeschlachteter Hühner, Verfüttern von Eierschalen und schließlich durch unsachgemäße unschädliche Beseitigung an Hühnerpest verendeter Hühner eingeschleppt wurde. Eine Weiterverbreitung der an und für sich sehr ansteckenden Seuche ist dadurch leicht gegeben, daß die großen mit Seuchenerregern verunreinigten Flächen der Hühnerausläufe nicht mit wünschenswerter Sicherheit desinfiziert werden können. Von diesen Orten aus erfolgt dann schnell eine Weiterverbreitung des Seuchenstoffes durch Personenverkehr, durch Katzen, Hunde usw. Deshalb befürworteten mehrere Amtstierärzte bei der Regierung im Hinblick auf die günstigen Erfahrungen

eine größere Verbreitung der prophylaktischen Impfung gegen Hühnerpest.

In den Seuchenjahren von 1942 bis 1955 wurden in Oberfranken insgesamt 16 497 Hühner auf polizeiliche Anordnung hin getötet.

Von 1948 bis 1955 wurden - wie aus den Akten ersichtlich - 15 245 Hühner mit 101 871.-- DM entschädigt.

B. Kritische Betrachtung der einschlägigen Bekämpfungsmaßnahmen im Regierungsbezirk Oberfranken

Gestützt auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Viehbestände wurde zu deren Schutz bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am 26.6.1909, das Reichsviehseuchengesetz erlassen, in dem die Bekämpfung der übertragbaren Tierkrankheiten für das ganze Reich auf eine einheitliche Basis gestellt wurde. Dieses Gesetz ist heute noch, wenn auch in manchen Punkten ergänzt, in Kraft. Im Zusammenhang mit den einschlägigen Bekämpfungsmaßnahmen der im Regierungsbezirk Oberfranken wichtigsten Seuchen interessiert praktisch nur der Abschnitt II des Gesetzes (Vorschriften über die Bekämpfung der Viehseuchen im Inland) und die Ministerialbestimmung vom 27.4.1912 über den Vollzug des Viehseuchengesetzes und die dazu erlassenen Vorschriften zu den Maßnahmen gegen die ständige und gegen die besondere Seuchengefahr.

1. Maßnahmen gegen die ständige Seuchengefahr

Obwohl der § 16 des Viehseuchengesetzes im Kapitel "Ermittlung der Seuchenausbrüche" eingereiht ist - die darin getroffenen Maßnahmen dienen vor allem zur frühzeitigen Ermittlung von Seuchenausbrüchen - haben die Bestimmungen dieses Paragraphen vor allem auch vorbeugenden Charakter und können auch ohne Rücksicht auf das Bestehen einer Seuchengefahr zum Schutze gegen die ständige Seuchengefahr angeordnet werden.

Von besonderer Bedeutung ist Absatz 3, der jederzeit die Möglichkeit bietet, die antistierärztliche Überwachung auch auf Viehbestände zu Handelszwecken oder zum öffentlichen Verkauf, auf zu Zuchtzwecken öffentlich aufgestellten Vater-tiere, auf öffentlichen Tierschauen, auf Absatzveranstaltungen der Züchtervereinigungen, auf Gast- und Viehhändlerställe, auf Abdeckereien und auf ge-

werbliche Mästereien auszudehnen. Diese Bestimmungen dienen in erster Linie zur Ermittlung etwa seuchenkranker oder seuchenverdächtiger Tiere, somit auch zur Ermittlung unbekannter Seuchenherde und der damit beschleunigten Anordnungsmöglichkeiten von Schutzmaßnahmen gegen die Seuchengefahr. Die einzelnen Länder haben nun durchaus auch von dem Absatz 3 dieses Paragraphen Gebrauch gemacht. Bereits in der Ministerialbestimmung vom 27.4.1912 über den Vollzug des Viehseuchengesetzes sind im § 18 die amtstierärztlichen Beaufsichtigungen auf die unter Absatz 3 des § 16 genannten Einrichtungen ausgedehnt. Im § 59 der genannten Ministerialbestimmung wird weiterhin gefordert, daß bei Viehmärkten die Tiere vor dem Auftrieb auf den Markt amtstierärztlich untersucht werden müssen. Ausführlich befaßt sich auch die Ministerialbestimmung vom 28.11.1923 Nr. 668 b 28 über den Vollzug des Viehseuchengesetzes, hier die veterinärpolizeiliche Überwachung der Schlacht-, Nutz- und Zuchtvielmärkte (MABl. S. 80), mit dem § 16 des Viehseuchengesetzes sowie der §§ 18, 53-65 der vorgenannten Ministerialbestimmung, wobei unter Nr. 4 steht, daß sämtliches Klauenvieh beim Auftrieb auf Viehmärkte der amtstierärztlichen Einzeluntersuchung zu unterstellen ist, die sich bei Großtieren insbesondere auf die Maulhöhle, bei Ferkeln auf die Klauen unter Hochheben der einzelnen Tiere zu erstrecken hat.

In der Ministerialentschließung vom 24.7.1950 - III 4 - 5610 a 10 - über die veterinärpolizeiliche Überwachung von Viehmärkten usw., hier Überwachung der Absatzveranstaltungen der Züchtervereinigungen, wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Tiere vor oder beim Auftrieb amtstierärztlich untersucht werden müssen. Auf Grund dieser eindeutigen Bestimmungen ist es, wie aus den Jahresberichten der Regierungsveterinärräte ersichtlich, bereits öfters gelungen, verborgene Seuchenherde frühzeitig aufzudecken und somit ein weiteres Umsichgreifen dieser Krankheiten zu verhindern.

Von besonders großer Wichtigkeit für die Einschleppung von Tierseuchen ist der § 17 VSG, allgemein auch "Schutzparagraph" genannt, weil er in 18 zum Teil umfangreichen Forderungen alle die Maßnahmen enthält, die gegen die ständige Seuchengefahr gerichtet sind. Die ständige Gefährdung unserer Viehbestände besteht, da das Bundesgebiet nie völlig frei von Seuchen ist, immer.

Betrachten wir als erstes die Ziffern 1, 3 und 4 des § 17, in denen folgende Maßnahmen stehen:

Ziffer 1

Anordnung der amtstierärztlichen oder tierärztlichen Untersuchung von Vieh vor dem Verladen und vor oder nach dem Entladen im Eisenbahn- und Schiffsverkehr.

Dabei wird allerdings in der Ministerialbestimmung vom 27.4.1912 § 20 nur hinsichtlich Geflügel (wegen der leichten Verbreitung der Geflügelseuchen) und nur bei Versendung mit der Eisenbahn in Wagenladungen die Untersuchung durch den Amtstierarzt beim Entladen obligatorisch vorgeschrieben, wenn dabei die Sendung nicht schon innerhalb der letzten 12 Stunden vor dem Entladen durch einen deutschen beamteten Tierarzt untersucht worden ist. Eine Ausdehnung der amtstierärztlichen Ver- und Entladeuntersuchung auf andere Tierarten kann die zuständige Landesregierung mit Genehmigung des Staatsministeriums des Innern nach § 21 der Ministerialbestimmung vom 27.4.1912 verordnen. Daß diese Notwendigkeit durchaus besteht, geht aus folgendem Beispiel hervor:

Bereits 1934 forderte der Regierungsveterinärrat aus Naila anlässlich der Schweinepesteseucheneinschleppung durch ein Schlachtschwein aus Thüringen eine Ausdehnung der Untersuchungspflicht auf alle eingeführten Schweine. Dies dürfte nämlich dazu führen, daß manche Seucheneinschleppung, die sonst oft nur durch Zufall entdeckt wird, vermieden werden kann.

Ziffer 3

Beibringung von Ursprungs- und Gesundheitszeugnissen für das im Besitz von Viehhändlern und für das auf Märkte oder öffentliche Tierschauen gebrachte Vieh. Eine solche Anordnung obliegt nach § 28 der Ministerialbestimmung vom 27.4.1912 der zuständigen Regierung. Im § 29 der MB wird weiterhin festgelegt, daß die Ursprungszeugnisse von der Ortspolizeibehörde, die Gesundheitszeugnisse vom Amtstierarzt auszustellen sind. Dabei muß in den Ursprungszeugnissen eine genaue Beschreibung der Pferde und Rinder im einzelnen, der Schweine, Schafe, Ziegen und Hühner postenweise erfolgen. Ferner muß der Ursprungs-ort, der Name desjenigen, aus dessen Bestand das Vieh stammt und der Tag des Abtransportes angegeben sein. Die Gültigkeitsdauer dieser Zeugnisse ist auf 30 Tage von der Ausstellung ab festgesetzt. In den Gesundheitszeugnissen muß dagegen bescheinigt sein, daß das betreffende Vieh frei von Erscheinungen ist, die auf das Vorhandensein oder den zu befürchtenden Ausbruch einer Seuche schließen lassen. Die Gültigkeitsdauer für Gesundheitszeugnisse ist bei Wiederkäuern, Schweinen und Geflügel auf 5 Tage, bei Einhufern auf 8 Tage beschränkt. Beide Zeugnisse können in die Kontrollbücher der Viehhändler eingetragen werden und sind nach § 31 der MB vom 27.4.1912 bei ordnungsgemäßer Ausstellung im ganzen Reichsgebiet gültig.

Ziffer 4

Führung von Kontrollbüchern durch die Viehhändler und Kennzeichnung von Vieh. In den §§ 32 ff der Ministerialbestimmung vom 27.4.1912 wird hierzu

verfügt, daß von den Viehhändlern Kontrollbücher über die in ihrem Besitz befindlichen Pferde, Rinder und Schweine nach dem vorgeschriebenen Muster IV zu führen sind. Pferde und Rinder müssen dabei einzeln, Schweine und Kälber können dagegen postenweise aufgeführt werden. Eine postenweise Eintragung kann die Landesregierung auch für über 3 Monate alte Rinder, die mit haltbaren Kennzeichen versehen sind, erlauben. Für auf dem Transport befindliches Handlervieh sind an Stelle der Kontrollbücher entsprechende Begleitscheine mitzuführen. Endlich müssen die Kontrollbücher laut den Bestimmungen jederzeit den Polizeibeamten und den Amtstierärzten auf Verlangen vorgelegt und mindestens 1 Jahr lang von der letzten Eintragung an aufbewahrt werden. Die Kennzeichnung von Vieh, die für Rinder und Schweine in Betracht kommt, ebenso die Art, in der sie zu erfolgen hat, kann von der Landesregierung vorgeschrieben werden.

Die in diesen 3 Ziffern aufgeführten Bestimmungen haben zweifelsohne eine vermehrte Einschleppung und Ausdehnung von Viehseuchen im Viehverkehr verhindern können. Der enorme technische Aufschwung des 20. Jahrhunderts ließ aber einen neuen Faktor, nämlich die Einfuhr von Klauentieren mittels Lastkraftwagen (Landweg), entstehen, der im Gesetz natürlich noch keine Berücksichtigung fand und auch bis heute noch nicht gefunden hat.

So machte es zwar die zunehmende Verseuchung mit Maul- und Klauenseuche in den Jahren 1937 und 1938 notwendig, mit einer Ministerialbestimmung vom 1.3.1938 Nr. 647 a 70 - über die Bekämpfung der MKS (Reg. Anz. Ausgabe 62 - GVBl. S. 109) einschneidende Bestimmungen auch für den Verkehr mit Schlacht- und Nutztvieh zu erlassen. Dabei wurde im ganzen Staatsgebiet eine Entladeuntersuchung im Eisenbahn- und Schiffsverkehr für Schlacht- und Nutztvieh vorgeschrieben.

Der Transport von Klauentieren auf Lastkraftwagen fand aber keine Erwähnung. Die daraus entstehende Situation schildert der Regierungsveterinärerrat aus Naila 1938 folgendermaßen:

"Um der fünftägigen polizeilichen Beobachtung auszuweichen, sind die meisten Ferkelhändler meines Bezirks dazu übergegangen, die Ferkel mittels Auto einzuführen. Zum Teil entladen sie die Tiere aus der Bahn auf den thüringischen Grenzstationen und transportieren sie mit Autos weiter. Soweit diese Ferkel aus Thüringen selber stammen, brauchen sie nach der Entladung in Thüringen nicht unter Beobachtung gestellt zu werden.

Die Schweine müssen zwar nach der Einfuhr in Bayern untersucht, werden, es fehlt aber die gesetzliche Handhabe, sie auch unter Beobachtung zu stellen. Während nun früher mit der Bahn jeweils wenn auch häufiger nur kleine Transporte mit 10 bis 15 Stück angekommen sind, werden auf ein Auto immer mindestens 40 bis 50 Stück verladen. Befinden sich unter einem solch großen Transport einmal latent kranke Tiere, so würden sie viel mehr Tiere infizieren können, und die Seuche würde auf einmal in ungleich mehr Gehöfte verschleppt werden, als dies bei einem kleinen Transport der Fall wäre. Eine Abänderung der erlassenen Vorschriften in dem Sinne, daß auch mit Autos eingeführte Ferkel unter Beobachtung gestellt werden müssen, halte ich für notwendig."

Ebenfalls im Jahre 1938 schreibt der Regierungsveterinärat von Forchheim zum selben Thema:

"Der Unterschied in der Behandlung der mit der Bahn und der mit den LKWs beförderten Ferkel (Beobachtungsfrist) wird weder von den Schweinehändlern noch von der Bauernschaft begriffen. Eine verschärfte seuchenpolizeiliche Überwachung der mit den Lastkraftwagen über große Entfernungen (Hannover, Westfalen) verfrachteten Ferkel erscheint am Platze, besonders in Zeiten der MKS."

Weiterhin wurde 1938 Kritik auch an der Zeitspanne der polizeilichen Beobachtung geübt. So schreibt der Amtstierarzt aus Münchberg:

"In einem Fall der Einschleppung der MKS aus außerbayerischen Bezirken wurde die Beobachtung gemacht, daß die polizeiliche Beobachtungsfrist mit 5 Tagen zu kurz bemessen ist."

Der Amtstierarzt aus Wunsiedel berichtete, daß in 2 Fällen die MKS durch Viehhändler verschleppt wurde, und es sich dabei zeigte, daß die in Bayern auf 5 Tage beschränkte Beobachtungsfrist für eingeführte Schweine entschieden zu kurz bemessen ist. Die Frist müßte mindestens 10 Tage betragen. In einer Ministerialbestimmung vom 7.11.1939, die jedoch durch MB vom 17.10.1942 (GVBl. S. 138) wieder aufgehoben wurde, wurde deshalb festgelegt, daß Schweine bis zur Dauer von 14 Tagen der polizeilichen Beobachtung unterstellt werden. Für das übrige Klauenvieh blieb die Beobachtungsfrist 5 Tage. Den vorgenannten Vorschlägen wurde somit nur zum Teil Rechnung getragen.

Auch in den Nachkriegsjahren wird in den Jahresbegleitberichten der Regierung veterinäräräte immer wieder die Unmöglichkeit der Überwachung der LKW-Transporte bemängelt. So berichtet 1950 der Regierungsveterinärat von Pegnitz, daß vor allem Viehtransporte auf LKW nicht gemeldet werden und dadurch der Seuchenverschleppung Vorschub leisten. Der Regierungsveterinärat von Kronach verfaßte folgendes Schreiben:

"Da erfahrungsgemäß die meisten Pferde und Klautiere, vor allem die Ferkel, zur Zeit nicht mehr im Eisenbahnverkehr, sondern in Kraftfahrzeugen befördert werden - im Landkreis Kronach besitzen fast alle Pferde- und Schweinehändler solche Fahrzeuge - und so nach den bisherigen Bestimmungen einer wirksamen veterinärpolizeilichen Überwachung entzogen werden, besteht große Gefahr, daß immer wieder Seucheneinschleppungen nach Bayern erfolgen. Nach meiner Ansicht müßte daher die Untersuchungspflicht bei der Entladung von Pferden und Klautieren durch eine bayerische Verordnung auch auf den Kraftfahrzeugverkehr ausgedehnt werden. Den Pferde-, Vieh- und Schweinehändlern wäre unter Androhung von Strafen die ordnungsgemäße Führung ihrer Kontrollbücher zur Pflicht zu machen. Der Vollzug wäre durch häufige Kontrollen zu überwachen."

Im Jahresbericht 1951 wird hierzu von der Regierung (nach amtstierärztlichen Berichten zusammengestellt) geschrieben:

"Im Oktober, November und Dezember wurden in einer Reihe von Fällen in dem bis dahin MKS-freien Regierungsbezirk Oberfranken durch Ferkel- und Viehhändler in den verschiedenen Landkreisen Seuchenherde geschaffen, die sich dann durch den Personenverkehr zu einer ausgedehnten Verseuchung ausbreiteten. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Überwachung des Viehverkehrs auf Kraftfahrzeugen werden für unzureichend gehalten. Die Ausnahmebestimmung, daß in Kisten und Verschlägen verschickte Tiere der Untersuchung nicht zu unterstellen sind, leistet der Seuchenverschleppung Vorschub. Angestrebt wird die Kennzeichnungspflicht für alle Handelstiere (auch Ferkel) sowie die Vaccination der Handelstiere in MKS-Zeiten 18 Tage vor dem Wechsel und eine verschärfte Kontrolle der Viehtransporte auf Kraftwagen."

Am 24.8.1951 wurde dann in der Ministerialbestimmung Nr. III 5 - 5612 a 31 - betreff MKS, hier: Einfuhr von Klautieren zu Nutz-, Zucht- und Schlacht-

zwecken infolge der in letzter Zeit erfolgten häufigen Einschleppung der MKS durch Händlervieh aus anderen Bundesländern angeordnet:

"Klauentiere, die zu Nutz- und Zuchtzwecken aus den übrigen Bundesländern eingeführt werden, sind im erstberührten Gehöft des Bestimmungsortes, bei Kaufleuten in deren zu Handelszwecken zugelassenen Stallungen auf die Dauer von 10 Tagen unter veterinärpolizeiliche Beobachtung zu stellen. Dabei ist das Eintreffen der Ortspolizeibehörde und dem Amtstierarzt, der die Tiere dann innerhalb 24 Stunden nach dem Eintreffen zu untersuchen hat, anzuzeigen. Nach der abgelaufenen Beobachtungsfrist müssen dann die Tiere nochmals amtstierärztlich untersucht werden, wobei dann bei deren Unverträglichkeit die polizeiliche Beobachtung als aufgehoben gilt."

Doch auch diese Vorschrift konnte Neueinschleppungen nicht verhindern. In den folgenden Jahren wurden immer wieder Seuchenherde aus den verschiedenen Landkreisen gemeldet, wobei in vielen Fällen die amtstierärztliche Untersuchung und die Quarantänevorschriften bei Ferkeleinfuhren übergangen worden waren. So zeigte sich auch im Jahre 1953, daß die zur Verhütung von Seucheneinschleppungen mittels Ferkeltransporten erlassenen Vorschriften vollständig unzureichend waren und, wie es wörtlich in dem Jahresbericht heißt, wesentlich mehr den Belangen des Viehhandels als denen der Tierseuchenbekämpfung Rechnung trugen. Die schon seit Jahren beobachtete Lücke in der Gesetzgebung über den Viehverkehr mit Lastkraftwagen, so fährt der Bericht fort, hat sich auch in diesem Seuchenzug katastrophal ausgewirkt.

Außerdem wird noch erwähnt, daß die Verordnungen zum Schutze der Einschleppung von Tierseuchen aus den anderen Bundesländern in Norddeutschland meist nicht bekannt sind und es daher anzustreben wäre, derartige Bekanntmachungen den zuständigen Behörden der anderen Bundesländer zur Kenntnis zu bringen.

Ein entscheidender Fortschritt ist erst durch die vor kurzem erschienene Landesverordnung zum Schutze gegen die Einschleppung von Tierseuchen aus anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland vom 15.9.1958 erfolgt. In dieser Landesverordnung wird für Zucht- und Nutztier zusammengefaßt gefordert 1.) Kennzeichnung mit dauerhaften Ohrmarken, 2.) amtstierärztliche Bescheinigung a) daß die Tiere aus einem anerkannt tuberkulose- und brucellosefreien Bestand stammen (Ausstellung frühestens 14 Tage vor dem Versand), b) daß die Herkunftsbestände seit mindestens 6 Monaten und die Klauentierbestände in den Herkunfts-

Gemeinden und in einem Umkreis von 15 km um diese Gemeinde in den letzten 3 Monaten vor der Versendung der Tiere frei von MKS waren (Ausstellung frühestens 4 Tage vor Versand) c) daß die Tiere bei einer Verladeuntersuchung (frühestens 48 Stunden vor dem Verladen durchzuführen) frei von Erscheinungen waren, die auf MKS schließen oder ihren Ausbruch befürchtenlassen, 3.) tierärztliche Bescheinigung über vollzogene MKS-Impfung mit trivalenter deutscher MKS-Vaccine (spätestens 18 Tage und frühestens 5 Monate vor Versand).

Für Nutz- und Zuchtschweine wird angeordnet: Die Einfuhr nach Bayern ist nur mit den unter 2 b und c genannten Bescheinigungen erlaubt, wenn außerdem noch 4 Tage vor dem Versand amtstierärztlich bescheinigt ist, daß die Herkunftsbestände und Herkunftsgemeinde seit mindestens 4 Wochen frei von Schweinepest, ansteckender Schweinelähme und Schweinebrucellose und deren Verdacht sind. Des weiteren wird angeordnet, daß Schweine nur mit der Eisenbahn nach Bayern verbracht werden dürfen, ferner im erstberührten Gehöft in Bayern oder in den anerkannten Stallungen von Viehkaufleuten 10 Tage unter polizeilicher Beobachtung stehen und nach Ablauf der Beobachtungsfrist amtstierärztlich untersucht werden müssen. Verbotswidrig eingeführte Rinder und Schweine unterliegen, falls sie nicht sofort wieder aus Bayern entfernt werden, einer polizeilichen Beobachtung von 3 Wochen in den obengenannten Stallungen. Endlich ist noch zu erwähnen, daß die eingeführten Rinder und Schweine einer Entladeuntersuchung unterliegen, wobei die geforderten Bescheinigungen zu prüfen sind. Falls die Sendungen mit der Eisenbahn erfolgen, sind die Tiere vor dem Entfernen vom Bahnhofsgelände zu untersuchen.

Diese Landesverordnung war schon lange fällig, und es ist zu hoffen, daß damit in den kommenden Jahren auch eindeutig das Problem der Überwachung des Viehverkehrs bei LKW-Transporten aus außerbayerischen Ländern gelöst ist. Aus dem 1. Teil dieser Arbeit ist deutlich ersichtlich, daß es immer wieder Nutztviehtransporte waren, darunter vor allem Ferkelimporte aus Norddeutschland, die im Regierungsbezirk Oberfranken Seuchenherde schufen. Hier können nur strenge und umfassende Maßnahmen zur Verhinderung neuer Seucheneinschleppungen beitragen.

Hingewiesen soll noch auf eine weitere Bestimmung der Ziff. 6 des § 17 VSG werden, die den Handel mit Vieh im Umherziehen einschränken kann, und die im Hinblick auf die Verbreitung der Schweinepest Bedeutung besitzt. Bezugnehmend darauf wurde mit Ministerialbestimmung vom 6.4.1951 Nr. III 5 - 5610 a 13 - über den Handel mit Schweinen im Umherziehen angeordnet,

daß der Verkauf von Schweinen außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers nur an den von der Gemeindebehörde jeweils dafür bestimmten Verkaufsplätzen stattzufinden hat. Beim Aufsuchen von Interessenten dürfen Schweine nicht mitgeführt werden.

Von den restlichen Anordnungen des § 17 des Viehseuchengesetzes interessiert im Zusammenhang mit dem Seuchengeschehen in Oberfranken nur noch die Ziffer 15.

Sie bietet die Möglichkeit, Maßnahmen zur Regelung der Beseitigung oder der Reinigung von Abwässern und Abfällen in Gerbereien, Fell- und Häutehandlungen zu treffen. Betrachten wir die Epidemiologie von Milzbrand in Teil I dieser Arbeit, so müssen wir feststellen, daß fast Jahr für Jahr der Ausbruch von Milzbrand auf die unzweckmäßige Beseitigung der Abwässer aus den Gerbereibetrieben in Rehau zurückzuführen war. Dies finden wir auch immer wieder in den Jahresberichten der zuständigen Regierungsveterinärärzte bestätigt. Daß durch die Verwendung von sporenhaltigem Klärschlamm einer Kläranlage (nähere Ortsbezeichnung fehlt) zur Wiesen- und Felderdüngung wiederholt Milzbrand ausgebrochen ist, wurde der Regierung 1951 berichtet.

Die Beseitigung und Reinigung von Abwässern und Abfällen von Gerbereien, Fell- und Häutehandlungen ist, wie PSCHORR des öfteren betonte, auch im Hinblick auf die allgemeine Verschlechterung der Wasserversorgung von erheblicher Bedeutung. Leider ist eine allgemeine Regelung in den Bundesratsbestimmungen hierüber nicht getroffen, so daß vor allem bei Durchführung dieser vorbeugenden Bestimmung die landesrechtlichen Wassergesetze zu berücksichtigen sind. Zufriedenstellende Regelungen und die Beseitigung von Mängeln sind deshalb nur in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen zu erreichen.

2. Maßnahmen gegen die besondere Seuchengefahr

Im Anschluß an die Bestimmungen gegen die ständige Seuchengefahr finden wir im Reichsviehseuchengesetz in den §§ 18-30 Maßnahmen, die gegen eine besondere Seuchengefahr erlassen werden können. Dabei ist das Vorliegen einer besonderen Seuchengefahr nicht abhängig von einem bereits festgestellten Seuchenausbruch, sondern schon von einer näher gerückten Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer Seucheneinschleppung in den in Frage kommenden Bezirk.

Als wichtigste Anordnung wird, gleichermaßen als Grundlage einer erfolgreichen Seuchenbekämpfung, im § 19 Abs. 1 die Absonderung, Bewachung oder polizeiliche Beobachtung der an Seuche erkrankten, der verdächtigen und, was ebenfalls sehr wichtig ist, der für die Seuche empfänglichen Tiere verlangt. Unter Absonderung versteht man dabei eine Trennung von anderen Tieren unter gleichzeitiger Beschränkung der Bewegungsfreiheit. Bei Tieren auf dem Transport, auf Märkten oder in Gastställen ist eine Absonderung grundsätzlich vorgeschrieben. Während der polizeilichen Beobachtung besteht auch eine amtstierärztliche Untersuchungspflicht.

Die Viehbesitzer haben die Verpflichtung zur Anzeige verdächtiger Krankheitserscheinungen, und außerdem hat der Besitzer dafür zu sorgen, daß das Tier für die Dauer der Absonderung oder Beobachtung die ihm bestimmten Räumlichkeiten nicht verlassen kann und darüber hinaus jegliche Berührung und Gemeinschaft mit anderen Tieren unterbleibt.

Absatz 2 des § 19 VSG regelt den Personenverkehr. Wie die Epidemiologie aller Seuchen zeigt, ist es immer wieder der Personenverkehr, der für eine Weiterverbreitung der Seuchenerreger sorgt. Deswegen hat der Gesetzgeber vorgesehen, daß dem Personenverkehr innerhalb der Räumlichkeiten, in denen sich seuchenkrankes, seuchenverdächtiges oder seuchenempfindliches Vieh befindet und auf öffentlichen Wegen Beschränkungen auferlegt werden können. Dabei gilt für die Beschränkung des Personenverkehrs innerhalb der Räumlichkeiten, in denen sich lediglich für die Seuche empfängliche Tiere aufhalten, und auf öffentlichen Wegen in besonderem Maße die im § 18 geforderte Rücksichtnahme auf die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse. Diese ist daher nur bei Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche und Pockenseuche der Schafe anzuordnen. Im § 3 der Ministerialbestimmung vom 1.3.1938, in der Fassung der MB vom 16.4.1940, wird hierzu bestimmt, daß zur wirksamen Bekämpfung der MKS der Landrat anordnen kann, daß, abgesehen von Notfällen, die in einem Seuchengehöft wohnenden oder beschäftigten Personen bis zur Abnahme der Schlußdesinfektion das Seuchengehöft nicht verlassen dürfen. In der Ministerialentschließung vom 10.12.1948 Nr. 5634 - 52 - über die Bekämpfung der MKS wird ebenfalls eingehend das Problem des Personenverkehrs in Maul- und Klauenseucheorten behandelt. Es heißt:

"Es ist einwandfrei nachgewiesen, daß sowohl die Einschleppung der MKS nach Bayern als auch die Weiterverbreitung in Bayern durch den Personenverkehr erfolgte. Es gelang in keinem Falle nachzuweisen, daß

die Übertragung durch den Viehverkehr geschah. Es ist deshalb dem nichterlaubten Personenverkehr besonderes Augenmerk zu schenken. Der Personenverkehr kann auf Grund der §§ 18, 19 Abs. 2 und 3 des VSG und der ME vom 16.4.1940 Nr. 647 a 37 Abs. 4 (GVBl. S. 57) ohne weiteres eingeschränkt werden. Bei der starken Belegung hier der viehbesitzenden Haushaltungen wird es bei den gegebenen Verhältnissen oft auf große Schwierigkeiten stoßen, den Personenverkehr einzuschränken oder zu verbieten. Die Regelungen müssen fallweise getroffen werden."

Im Jahre 1949 wurde sogar vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit genehmigt, daß Personen, die als nichtlandwirtschaftliche Inwohner in Seuchengehöften festgehalten werden, aber außerhalb des Gehöftes in Arbeit stehen und dadurch für die Dauer der Sperre einen Lohnausfall erleiden, unter Beibringung einer Bescheinigung der Kreisverwaltungsbehörde über die wegen MKS angeordnete völlige Gehöftersperre und deren Dauer eine Ausfallunterstützung erhalten können. Daraus ist ersichtlich, daß mit allen erdenklichen wirtschaftlich noch tragbaren Mitteln eine Seucheneinschleppung und Seuchenverschleppung durch Personenverkehr verhindert werden soll.

Der § 20 des Viehseuchengesetzes befaßt sich mit Beschränkungen der Benutzung, der Verwertung oder des Transportes kranker oder verdächtiger Tiere, ihrer Kadaver, der von ihnen stammenden Erzeugnisse oder solcher Gegenstände, die mit kranken oder verdächtigen Tieren oder ihren Kadaver in Berührung gekommen oder sonstwie geeignet sind, die Seuche zu verschleppen. Ferner wird in Absatz 2 dieses Paragraphen eine Beschränkung des Transportes und der Benutzung der für die Seuche empfänglichen und solcher Tiere, die geeignet sind, die Seuche zu verschleppen, verlangt. Als solche Beschränkungen kommen u.a. in Betracht das Verbot der Schlachtung seuchenkranker und verdächtiger Tiere bei Milzbrand (Sporulation), wobei als Schlachtung jede mit Blutentziehung verbundene Tötung eines Tieres, auch ohne darauffolgende Zerlegung, gilt. Als eine Beschränkung im Sinne dieses Paragraphen gilt auch das Verbot des Abhäutens der Kadaver bei Milzbrand, ferner ein Verbot der Abgabe von Milch im ungekochten Zustand oder überhaupt die Verwendung von Milch zum Genuß des Menschen bei MKS. Diese Maßnahmen sind jedoch alle nochmals bei den Bekämpfungsvorschriften der einzelnen Seuchen aufgeführt, wobei die Epidemiologie der einzelnen anzeigepflichtigen Seuchen berücksichtigt wurde. Außerdem wurden im Laufe der Jahre dazu noch weitere für dringend erforderlich gehaltene Vorschriften von den zuständigen Stellen erlassen.

Nach Absatz 3 des § 20 VSG kann außerdem ein Verbot oder eine Beschränkung des Handels mit Tieren, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, erlassen werden. Hier kann also der Handel in Zeiten der besonderen Seuchengefahr verboten werden, während im § 17 Ziff. 6 VSG lediglich eine Beschränkung des Handels zum Schutze gegen die ständige Seuchengefahr angeordnet werden kann. Dies kommt in der Verordnung vom 22. 3. 1952 über die Bekämpfung der Hühnerpest, hier: Einfuhr und Handel mit Geflügel (GVBl. S. 128) in § 3 zur Geltung, in dem es heißt:

Der Handel mit Geflügel ohne vorherige Bestellung außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung eines Geflügelhändlers oder ohne Begründung einer solchen ist für die Dauer der besonderen Seuchengefahr verboten. Beim Aufsuchen von Bestellungen darf Geflügel einschließlich Eintagsküken nicht mitgeführt werden.

Von den restlichen Paragraphen des Viehseuchengesetzes möchte ich lediglich noch auf die §§ 23 und 24 näher eingehen, die im Hinblick auf das Seuchengeschehen in Oberfranken von Bedeutung sind.

In § 23 heißt es, daß Impfungen der für die Seuchen empfänglichen Tiere, tierärztliche Behandlung der erkrankten und der verdächtigen Tiere sowie Beschränkungen in der Befugnis zur Vornahme von Heilversuchen angeordnet werden können. Bei der Bekämpfung der MKS und der Hühnerpest spielt nun die Vaccination seuchenempfindlicher Tiere eine große und entscheidende Rolle.

Nachdem WALDMANN erstmalig am 10.2.1938 im Reichsministerium des Innern von dem Ergebnis seiner und seines Mitarbeiters KÖBE Bemühungen um die Herstellung einer wirksamen und unschädlichen Vakzine zur Schutzimpfung gegen MKS berichtet hatte, veranlaßte die Veterinärabteilung des genannten Ministeriums die sofortige Erprobung des neuen Impfstoffes in der Praxis. Über das hervorragende Ergebnis dieses Großversuchs berichtete STRODTHOFF. Danach waren bis Ende Mai 1938 40 676 Rinder aktiv immunisiert mit dem Erfolg, daß sich schon nach 5-6 Tagen bei den geimpften Tieren eine Schutzwirkung bemerkbar machte, die nach 12-14 Tagen zur sicheren Immunität führte. Die Anwendung der Vakzine im Versuch war damit beendet, und im Juni 1938 wurde sie erstmalig zum Schutze eines großen, beinahe noch seuchenfreien Gebietes des Reiches, nämlich Ostpreußens, eingesetzt. Auf Grund der

dortigen guten Ergebnisse (LÜCK) wurde in der MB vom 3.11.1939 Nr. 648 c 77 über aktive Schutzimpfungen gegen MKS in Sperrbezirken (GVBl. S. 303) in den §§ 1 und 2 angeordnet, daß in MKS-Sperrbezirken die Klauentiere der unverseuchten Gehöfte nach Anweisung und unter Leitung des beamteten Tierarztes gegen Maul- und Klauenseuche mit Vakzine der Staatlichen Forschungsanstalten Insel Riems schutzzuimpfen sind (Vakzine-Ringimpfung). Die Impfung kann auf Rinder und Schafe beschränkt werden. Maul- und Klauenseuche-Hochimmun- oder Rekonvaleszentenenserum dürfen an Stelle der Vakzine nur dann verwendet werden, wenn Vakzine nicht zu beschaffen ist. In der MB vom 3.11.1939 Nr. 648 c 77 über Schutzimpfung gegen MKS (GVBl. S. 304), i.d.F. der ME vom 20.1.1940 Nr. 468 c 98 (GVBl. S. 7), heißt es außerdem:

Nachdem die aktive Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche mit Riemser Maul- und Klauenseuche-Vakzine ihre Wirksamkeit und Zuverlässigkeit in großen Versuchen erwiesen hat, steht ihrer allgemeinen Anwendung nichts mehr im Wege. Die Vakzine kann nunmehr zu Ringimpfungen im Seuchenherd oder zu Schutzimpfungen großer, geschlossener, unverseuchter Bezirke unter den nachstehenden Bedingungen eingesetzt werden.

Seit dieser Zeit wird nun immer wieder auf diese Art der Schutzimpfung als zusätzliche Seuchenbekämpfungsmaßnahme zurückgegriffen und entweder Seuchenherde-Vaccine-Ringimpfungen mit bi- oder trivalenten Vakzine oder, wie es das Land Bayern trotz ungeheurer Ausgaben angeordnet hat, Schutzimpfungen der gesamten Rinder- und Ziegenbestände polizeilich angeordnet.

Damit konnte ein großer Erfolg in der Bekämpfung der MKS erzielt werden.

Ebenso gut hat sich auch die prophylaktische Schutzimpfung gegen Hühnerpest nach einem in der Forschungsanstalt Insel Riems von TRAUB ausgearbeiteten Verfahren bewährt. Bestimmte bei dieser Impfung zu beachtende Gesichtspunkte finden wir im Runderlaß vom 18.8.1944 Ca 5695/44 - 2476 über die Bekämpfung der Hühnerpest (RMBlV S. 823) in Absatz 3 ff.

Von der Möglichkeit der Tötung der an Seuche erkrankten oder verdächtigen Tiere, die nach § 24 angeordnet werden kann, wird in den letzten Jahrzehnten vor allem bei Schweinepest und Hühnerpest Gebrauch gemacht, wobei sämtliche

in einem Seuchengehöft befindlichen Schweine bzw. Hühner auf polizeiliche Anordnung hin und unter polizeilicher Aufsicht getötet werden. Die Verwertung der geschlachteten Tiere geschieht, um Seuchenverschleppungen durch Fleisch oder Schlachtabfälle zu vermeiden, ebenfalls unter polizeilicher Aufsicht. Mit diesen radikalen Bestandstäumungen verhindert man vor allem eine rasche Weiterverbreitung des Seuchenerregers und, was ebenfalls sehr wichtig ist, eine nur leichte, latente Erkrankung einzelner Tiere, die dann eventuell als Virusträger zu einem ständigen Wiederaufflackern und zur Weiterverbreitung der Seuche Anlaß geben.

Abschließend kann gesagt werden, daß sich das Deutsche Viehseuchengesetz vom 26.6.1909 praktisch bis auf den heutigen Tag bewährt hat. Seit einem Inkrafttreten sind allerdings mannigfache Veränderungen im Seuchengeschehen eingetreten. Da das VSG aber nur ein Rahmengesetz darstellt, bestand die Möglichkeit, sich den veränderten Situationen durch zusätzliche Erlasse und Verordnungen laufend anzupassen. So haben stets auch neu gewonnene wirtschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen ihre, wenn auch manchmal, z.B. hinsichtlich der LKW-Transportüberwachung, späte Berücksichtigung finden können. Als Nachteil muß allerdings der Umstand angesehen werden, daß dadurch im Laufe der Zeit die Zahl der sich gegenseitig ergänzenden oder sich auch aufhebenden Erlasse gewaltig angeschwollen ist.

In den nahezu 50 Jahren seit Bestehen des Gesetzes mußte sich zwangsläufig mancher Ballast ansammeln, und eine Überarbeitung, die das Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen davon befreien und das Gestrüpp der Paragraphen etwas lichten würde, wäre meines Erachtens durchaus wünschenswert.

IV. ZUSAMMENFASSUNG

1. An Hand der einschlägigen Akten der Regierung von Ober- und Mittelfranken wurde festgestellt, daß in der Zeit von 1933 bis 1955 vor allem 4 anzeigepflichtige Seuchen im Regierungsbezirk Oberfranken von großer Wichtigkeit waren, nämlich Milzbrand, Maul- und Klauenseuche, Schweinepest und Hühnerpest.
2. Von diesen anzeigepflichtigen Tierseuchen wurde neben Vorkommen, Ätiologie, Tenazität und Pathogenität der einzelnen Erreger sowie einer kurzen Definition der Erkrankungen vor allem die Epidemiologie dieser Tierkrankheiten untersucht.

An der Einschleppung der Seuchen in den Regierungsbezirk Oberfranken waren in erster Linie der Viehhandel (besonders Ferkelhandel) und der Personenverkehr, an der Weiterverbreitung der Seuchen vor allem der Personenverkehr maßgeblich beteiligt.
3. Die bei den einzelnen Seuchen entstandenen Verluste und die gezahlten Entschädigungen wurden zusammengestellt.
4. Die im Viehseuchengesetz gegen die ständige und gegen die besondere Seuchengefahr festgelegten Maßnahmen sind im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Seuchenverhältnisse im Regierungsbezirk Oberfranken besprochen worden.

V. LITERATURVERZEICHNIS

1. Akten der Regierung von Ober- und Mittelfranken Viehseuchenstatistik 1933 - 1939
Bd. 1 Nr. 3038 sa und Nebenakt:
Fragebogen der Bezirkstierärzte.
2. " Viehseuchenstatistik Akt Regierung
1933 - 1941 Nr. 3038 a Bd. 1
3. " Tierseuchenstatistik - Berichte der Re-
gierungsveterinärärzte 1940 - 1942
Nr. 3038 s Bd. 2.
4. " Tierseuchenstatistik und Nachrichten-
dienst bei Tierseuchen 1942 - 1946
Nr. 3038 s. Bd. 2.
5. " Tierseuchenstatistik und Nachrichten-
dienst bei Tierseuchen 1947 - 1949
Nr. 3038 s Bd. 3.
6. " Viehseuchen im Deutschen Reich
1933 - 1934 Nr. 3039 e.
7. " Viehseuchen im Deutschen Reich
1934 - 1940 Nr. 3039 e Bd. 1.
8. " Viehseuchen im Deutschen Reich
1941 - 1945 Nr. 3039 e Bd. 2.
9. " Halbmonatl. Tierseuchennachrichten
des Statist. Landesamtes München 1946
Nr. 3038 s Bd. 1 Nebenakt.
10. Akten der Regierung Tierseuchen-Jahresstatistik 1948
von Oberfranken Nr. 3857 d Bd. 1.

- | | | |
|-----|---|--|
| 11. | Akten der Regierung
von Oberfranken | Jährl. Tierseuchenstatistik, Jahres-
veterinärberichte Nr. B 3857 d 1952 - |
| 12. | Akten der Regierung
von Ober- und Mittel-
franken | Hühnerpest spezialia Nr. 3038 |
| 13. | Akten der Regierung
von Oberfranken | Geflügelkrankheiten - Hühnerpest
spez. 3836 a Bd. 1. |
| 14. | Akten der Regierung
von Ober- und Mittel-
franken | MKS spezialia 3038 h Bd. 1-1938 |
| 15. | " | MKS spezialia 3038 h Bd. 2-1938 |
| 16. | " | MKS spezialia 3038 h Bd. 4-1939 |
| 17. | Akten der Regierung
von Oberfranken | MKS Einfuhr von Klautentieren - Ver-
kehr mit Schlachtvieh Nr. 3827 ga. |
| 18. | " | Bekämpfung der MKS Nr. 3827 a. |
| 19. | " | Besondere Mitteilungen über MKS
durch Reg. Vet. Räte, Tierärzte,
Landratsämter usw. sowie Schluß-
desinfektion Nr. 3827 ha 1948 - |
| 20. | " | Milzbrand - Rauschbrand spez.
1949 Bd. 1 Nr. 3825 a. |
| 21. | Akten der Regierung
von Ober- und Mittel-
franken | Milzbrand 1933 - 1941 spez. Bd. 1
Nr. 3038 b. |
| 22. | " | dto. 1941 -
Bd. 2 Nr. 3038 b. |
| 23. | " | Schweineseuche und -pest spez.
1933 - 1941 Bd. 1 Nr. 3038 d. |

24. Akten der Regierung von Ober- und Mittelfranken Schweineseuche und -pest spez. Bd. 2 Nr. 3038 d 1941 -
25. " Hühnerpest generalis 3038 r.
26. " Milzbrand generalis 3038 a.
27. " Schweinepest generalis 3038 c.
28. " MKS generalis 3038 g.
29. Behringwerke Beiträge für die Tierärztliche Praxis, Maul- und Klauenseuche 1951, S.28-30
30. Christl, H. Die Tollwut im ostbayerischen Grenzgebiet, eine Nachkriegerscheinung. Vet.-med. Diss. München 1955.
31. Fiedler, Hanna Eine vergleichende Betrachtung der deutschen und schweizerischen Tierseuchengesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der allgemeinen Vorschriften. Vet.-med. Diss. München 1955.
32. Fischer, H. Das Österreichische Tierseuchengesetz - eine vergleichende Studie. Vet.-med. Diss. München 1956.
33. Fröhner-Zwick-Wirth Kompendium der speziellen Pathologie und Therapie für Tierärzte. Stuttgart 1952 S. 193 ff.
34. Hutyra-Marek-Manninger Spezielle Pathologie und Therapie der Haustiere. Jena, 1954.
35. Lück Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche i. Ostpreußen mit Riemser MKS-Vakzine nach

Waldmann und Köbe.
Berlin. Münch. Tierärztl. Wschr. 1939,
S. 485.

36. Müssemeier, F. Die Gefahren der Milzbrandein-
schleppung durch die Häuteeinfuhr
und ihre Bekämpfung.
Veröffentl. d. Preuß. Hauptlandwirt-
schaftskammer 1927, S. 50-59
37. Rolle, M. Mikrobiologie und allgemeine Seuchen-
lehre.
Stuttgart, 1949
38. Strodthoff Die aktive Immunisierung der Rinder
gegen Maul- und Klauenseuche mit
Riemser-MKS-Vakzine nach Waldmann
und Köbe in der Praxis.
Berlin. Münch. Tierärztl. Wschr. 1938,
S. 349
39. Waldmann und Köbe Die aktive Immunisierung des Rindes
gegen Maul- und Klauenseuche.
Berlin. Münch. Tierärztl. Wschr. 1938,
S. 317
40. Wolff-Zettl Veterinärvorschriften in Bayern Bd. 1
München, 1952

Am Schluß meiner Arbeit möchte ich nicht versäumen, meinem hochverehrten, leider vor Fertigstellung der Dissertation verstorbenen Doktorvater, Herrn Ministerialrat a.D. Prof. Dr. W. PSCHORR, für die freundliche Überlassung des Themas und die jederzeit liebenswürdige Unterstützung herzlich zu danken.

Mein ganz besonderer Dank gilt weiterhin Herrn Prof. Dr. A. MEYN, der in entgegenkommender Weise die Leitung der Arbeit übernommen hat und durch dessen freundliche Weisungen und Anregungen diese fertiggestellt werden konnte.

Ferner gilt mein Dank Herrn Assistenten Dr. Th. SCHLIESSER für seine wohl erteilten Ratschläge und die liebenswürdige Durchsicht des Manuskripts.

Außerdem danke ich Herrn Oberregierungs- und Veterinär-
rat Dr. Dr. SCHREYER an der Regierung von Oberfranken
in Bayreuth sowie Herrn Oberregierungs- und Veterinär-
rat Dr. WIDENMAYER an der Regierung von Unterfranken
in Ansbach für die freundliche Überlassung der notwendigen Unterlagen.

LEBENS LAUF

Am 12. Januar 1931 wurde ich, Hans Hermann Ludwig Beierlein als Sohn des Distriktstierarztes Dr. Ludwig Beierlein und seiner Ehefrau Babette geb. Volleth in Erlangen geboren.

Nach Ernennung meines Vaters zum Amtstierarzt in Kronach (Ofr.) im Januar 1934 besuchte ich daselbst von 1937 bis 1941 die ersten vier Klassen der Volksschule und trat dann am 9. September 1941 in die Oberschule für Jungen ein, die im Jahre 1948 zur 8-klassigen Oberrealschule ausgebaut wurde. So konnte ich hier im Juni 1950 die Reifeprüfung mit Erfolg ablegen.

Bis zum Beginn des veterinärmedizinischen Studiums im Sommersemester 1951 an der Justus Liebig-Hochschule Gießen arbeitete ich auf einem Gutsbetrieb und betätigte mich am Kronacher Schlachthof. Im November 1952 legte ich in Gießen den naturwissenschaftlichen Teil und im April 1953 den physiologisch-anatomischen Teil der Tierärztlichen Vorprüfung ab. Im Sommersemester 1953 wechselte ich an die Ludwig-Maximilians-Universität München über. Nach dem Sommersemester 1955 unterzog ich mich hier der Tierärztlichen Prüfung und bekam nach Beendigung meiner Praktikantenzeit bei Herrn Lehtierarzt Dr. Witt in Mitterteich (Opf.) am 1.1.57 meine Bestallung als Tierarzt.

Nach zweijähriger Tätigkeit als Assistent und Vertreter ließ ich mich am 9.3.59 als prakt. Tierarzt in Forchheim (Ofr.) nieder und übernahm am 1.4.59 die tierärztliche Praxis von Herrn Dr. Neher in Forchheim.

